



Parlamentssitzung 22. Juni 2009

Protokoll

Aula Schule Hessgut (Liebefeld)
19.00 – 23.20 Uhr

Vorsitz	Harald Henggi (FDP), Parlamentspräsident	
Anwesend	Peter Antenen (FDP) Alfred Arm (SP) Bernhard Bichsel (jfk) Markus Bont (EVP) Evelyn Bühler (FDP) Christian Burren (parteilos) Ignaz Caminada (CVP) Claudia Egli-Steiner (SP) Heinz Engi (FDP) Mario Fedeli (SP) Liz Fischli-Giesser (Grüne) Claude Gafner (jfk) Martin Graber (SP) Hermann Gysel (EVP) Thomas Herren (FDP) Niklaus Hofer (SVP) Erika Kobel-Itten (FDP) Hanspeter Kohler (FDP) Verena Koshy (CVP)	Daniel Krebs (SVP) Stefan Lehmann (SVP) Anna Mäder (SP) Urs Maibach (Grüne) Hans Moser (SVP) Hansueli Pestalozzi (Grüne) Jan Remund (Grüne) Christian Roth (SP) Elisabeth Rügsegger (SVP) Ueli Salvisberg (parteilos) Christoph Salzmann (SP) Rita Sidler Omoregbee (SP) Markus Stähli (FDP) Hugo Staub (SP) Stephie Staub-Muheim (SP) Mark Stucki (FDP) Ursula Wyss (Grüne) Rolf Zwahlen (EVP)
Entschuldigt	Annemarie Berlinger-Staub (SP)	Brigitta Matter (SD)
Gemeinderat	Luc Mentha (SP), Gemeindepräsident Urs Wilk (FDP), Vizepräsident Judith Ackermann (FDP) Rita Haudenschild (Grüne)	Katrin Sedlmayer (SP) Marianne Streiff (EVP) Ueli Studer (SVP)
Sekretär	Markus Heinzer	
Protokoll	Ruth Spahr	

Inhaltsverzeichnis

1. Protokoll der Parlamentssitzung vom 4. Mai 2009	100
2. Kommissionsersatzwahlen	101
3. Rechnung 2008	101
4. Verwaltungsbericht 2008	108
5. Stellenbewirtschaftung	113
6. Änderung des Verwaltungsorganisationsreglements	114
7. Änderung von Datenschutzreglement und Weisung	116
8. Tramprojekte: Vorprojekt	118
9. Reklamereglement: Einsetzung einer parlamentarischen Kommission	118
10. Änderung des Bildungsreglements	122
11. Revision Geschäftsreglement des Parlaments	129
12. 0626 Motion (SP) "Altes Schulhaus in Niederwangen"	129
13. 0632 Motion (CVP/EVP) "Erotik Betriebe"	129
14. 0633 Postulat (jfk) "Anreize für energiesparendes Bauen (Baureglement)"	129
15. 0838 Motion (FDP/jfk) "Professionelle Finanzpolitik - Schaffung einer Finanzkommission"	129
16. 0903 Motion (Grüne) "Ökologische Liegenschaftssteuer"	129
17. 0908 Interpellation (Lagger) "Verlängerung der Tramlinie 9 nach Kleinwabern"	129
18. 0909 Interpellation (jfk) "Zur Sauberkeit bei Könizer Sammelstellen"	129
19. 0912 Interpellation (SP) "Schülerinnen- und Schülerbefragung echo"	130
20. 0915 Interpellation (CVP) "Alterswohnungen Hessgut - Wie geht es nach der Sanierung und dem Ausbau weiter?"	130
21. 0916 Anfrage (Stucki) "Verteilung der Kommissionssitze"	130
22. Verschiedenes	130

Begrüssung

Parlamentspräsident Harald Henggi: Ich begrüsse alle Anwesenden zur Parlamentssitzung. Die Traktandenliste ist reich befrachtet. In Abwandlung eines Zitats von Franklin Roosevelt: "Es gibt viele Varianten vorwärts zu kommen, aber nur eine Variante still zu stehen", wünsche ich mir heute die Variante, zügig vorwärts zu kommen. Dem Kirchenspiegel des Kirchenkreises Spiegel konnte ich entnehmen, dass unser Gemeindepräsident am 9. Mai 2009 geheiratet hat. Ich möchte es nicht unterlassen, ihm und seiner Frau im Namen des Parlaments herzlich zu gratulieren und alles Gute zu wünschen. (*Applaus*).

Da Annemarie Berlinger-Staub abwesend ist, schlage ich Ihnen vor, dass Ursula Wyss die Stimmzählung übernimmt.

Appell

Der Appell ergibt die Anwesenheit von 38 Parlamentsmitgliedern. Das Parlament ist somit beschlussfähig.

Mitteilungen

Parlamentspräsident Harald Henggi: Am 28. Mai 2009 hat mich folgender Brief erreicht: "Rücktritt aus dem Parlament per 30. Juni 2009. Während der letzten vier Jahre habe ich als Mitglied des Parlaments der Gemeinde Köniz immer wieder jongliert zwischen Beruf, Familie und dem Engagement in der Politik. Ich habe es oft als Kampf zwischen verschiedenen Kräften erlebt. Der Arbeitgeber, der will, dass ich abends länger im Büro bleibe, die Familie mit ihren Interessen, die Politik, welche immer spannender wird, je mehr man sich engagiert. Ich bewundere all jene, welche dies mit Leichtigkeit unter einen Hut bringen. Per 1. Juni 2009 habe ich eine neue berufliche Herausforderung angenommen und möchte mich ganz auf zwei Standbeine – Beruf und Familie – konzentrieren, nach dem Motto "weniger ist mehr". Deshalb trete ich per Ende Juni 2009 aus dem Parlament der Gemeinde Köniz aus. Ich verlasse das Parlament mit einem weinenden Auge, verliere ich doch mit dieser Entscheidung ein spannendes und aktives Betätigungsfeld; aber auch mit einem lachenden Auge, ich habe ein neues spannendes Engagement gewonnen. Mein während der letzten vier Jahre aufgebautes politisches Hauptinteresse galt den jungen Mitgliedern unserer Gesellschaft und dazu kann ich in meinem neuen beruflichen Engagement weiterhin einen Beitrag leisten. Ich habe die Zeit im Parlament als eine reiche Erfahrung erlebt. Oft ging es hart zu und her, aber es gab auch Momente, wo eine gewisse Offenheit während der Debatte stattgefunden hat. Das waren für mich gute Erlebnisse. Auch dass die Parlamentsmitglieder ausserhalb des Parlamentsgeschäftes untereinander ein freundliches, ja humorvolles Miteinander pflegen, hat mich immer wieder gefreut. Sie wissen ihre Rollen zu trennen. Das Zusammenleben in unserer Gesellschaft wird durch die von Menschen veränderte Umwelt immer komplexer. Probleme sind nicht mehr kurzfristig und mit simplen Lösungen zu bewältigen, deshalb finde ich es umso wichtiger, dass interdisziplinär gearbeitet wird. Für das Parlament kann dies heissen, dass die Parteien mehr miteinander diskutieren, um gemeinsam mehrheitsfähige Lösungsvorschläge zu finden. Aus diesem Grund wünsche ich allen ehemaligen Kolleginnen und Kollegen nicht nur viel Erfolg, sondern auch gute Erlebnisse, die aus Einsicht, Weitsicht, Offenheit und Toleranz entstehen und zu guten Entscheidungen für ein fortschrittliches Köniz führen. Rita Sidler Omoregbee.

Stephie Staub-Muheim (SP): Wie schnell eine Legislatur vorübergehen kann, habe ich erst bemerkt, als mir Rita Sidler Omoregbee mitgeteilt hat, dass sie die SP-Fraktion aus beruflichen Gründen verlassen wird. Vor vier Jahren ist Rita Sidler Omoregbee als Newcomerin auf unserem Wahlprospekt als Gemeinderatskandidatin im Nebenamt portiert gewesen. Sie hat den Weg ins Parlament auf Anhieb geschafft. Hier hat sie sich sofort für die Anliegen von Familien, Kindern und Jugendlichen eingesetzt. Ihre Voten und Motionen sind stets fundiert gewesen und die in der Gesellschaft schwächer verankerten Kinderanliegen hat sie mit besonderer Vehemenz vertreten. Der Vorstoss 0720 "Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Das Patchwork-Angebot an familienexterner Kinderbetreuung zu einem Ganzen zusammenfügen!" wird uns noch begleiten. Ebenfalls der neue Vorstoss 0926 "Zentrum von Köniz als Begegnungsort für Jung und Alt". Rita Sidler Omoregbee verlässt das Parlament, weil sie sich beruflich weiterentwickeln kann und will. Sie bleibt aber ihren Interessen treu und hat mit ihrer neuen Stelle als Leiterin der Geschäftsstelle für offene Kinder- und Jugendarbeit ein für sie treffendes Arbeitsgebiet gefunden. Wir freuen uns, dass Rita Sidler Omoregbee somit weiterhin mit uns und der

Jugendarbeit juk Köniz verbunden bleibt. Weil sie sich immer für die Anliegen von Familie und Kindern eingesetzt hat, übergeben wir als Andenken ans Parlament ein Spiel und für die Erholung mit der Familie einen gepackten Picknickkorb. Wir wünschen Rita Sidler Omoregbee weiterhin viel Erfolg im Kampf für die Anliegen der Familien und Jugendlichen. *(Applaus)*

Parlamentspräsident Harald Henggi: Die Nachfolge von Rita Sidler Omoregbee ist aufgeleistet.

Weitere Mitteilungen: Der Aktenversand erfolgte am 28. Mai 2009. Ein erster Nachversand am 10. Juni 2009, enthielt die geänderte Traktandenliste, das Protokoll der Sitzung vom 4. Mai 2009 und die Akten für die Kommissionersatzwahlen. Am 16. Juni erfolgten ein zweiter Nachversand für die Protokolle der GPK-Verwaltungsbesuche (nur für Parlamentsmitglieder) und ein Nachversand per E-Mail, enthaltend die neuste Version der Kommissionersatzwahlen, die heute auf Ihren Pulten aufliegt.

Zusätzlich finden Sie auf Ihren Pulten den Terminplan des Parlaments für 2010. Hier hat eine kleine Änderung stattgefunden: Weil wir festgestellt haben, dass vor den Sommerferien – zwischen Mai und Juni – relativ lange keine Parlamentssitzung stattfindet, haben wir versucht eine Sitzung in diese Zeit zu verlegen. Der Terminplan wurde vom Parlamentsbüro beschlossen und der Verwaltung und dem Gemeinderat zur Vernehmlassung gegeben. Die Jahrestagung der Schweizerischen Gesellschaft für Parlamentsfragen findet am 11./12. September 2009 in Solothurn statt. Thema wird sein: Parlamente und die Interkantonalisierung der Politik. Demokratiedefizite bei der interkantonalen und interkommunalen Zusammenarbeit? Möglicher Bezugspunkt für Köniz ist hier die Regionalkonferenz. Der Parlamentssekretär wird den Parlamentsmitgliedern ein E-Mail mit dem entsprechenden Link zusenden.

Traktandenliste

Niklaus Hofer (SVP): Zu Traktandum 8 "Tramprojekte" sind Fachleute der Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion (BVE) des Kantons Bern eingeladen. Da jedoch nicht bekannt ist, wie weit wir heute mit der Beratung der Traktanden kommen werden, stellt die Kommission Tramprojekte den Antrag, Traktandum 8 auf die Folgesitzung vom 29. Juni zu verschieben und an dieser Sitzung als erstes Traktandum zu beraten. Die Fachleute der BVE sind auf diesen Zeitpunkt hin eingeladen. Ich bitte Sie, dem Antrag zuzustimmen.

Beschluss

Das Traktandum 8, Tramprojekte. Vorprojekt, wird auf die Sitzung vom 29. Juni 2009 verschoben.

(abgegebene Stimmen: Mehrheit offensichtlich)

1. Protokoll der Parlamentssitzung vom 4. Mai 2009

Parlamentspräsident Harald Henggi: Die neuen Parlamentsmitglieder Claude Gafner, Erika Kobel-Itten und Verena Koshy sind auf der Anwesenheitsliste nicht aufgeführt, dafür die ehemaligen Christian Balz, Valentin Lagger und Daniel Oester. Das ist zu korrigieren, wie auch die Absenz von Gemeindepräsident Luc Mentha.

Ich gehe kurz auf das Votum von Ignaz Caminada zum Protokoll der letzten Parlamentssitzung ein. Er hat gesagt, er stelle ab und zu fest, dass Voten in Protokollen verkürzt oder gar nicht aufgeführt sind. Ich halte hier fest, dass gemäss Art. 20 Abs. 1 Bst. d des Geschäftsreglements des Parlaments die wesentlichen Inhalte der Voten zu protokollieren sind, d. h. es handelt sich nicht um ein Wortprotokoll. Wenn festgestellt wird, dass ein Votum oder ein wichtiger Teil eines Votums fehlt, kann dies an der darauffolgenden Parlamentssitzung angemerkt werden.

Das Protokoll der Parlamentssitzung vom 4. Mai 2009 wird mit Dank an die Verfasserin genehmigt.

2. Kommissionsersatzwahlen (Nachversand)

Parlamentspräsident Harald Henggi: Gemäss meinen Äusserungen in den Mitteilungen, beraten wir die auf Ihren Pulten aufliegende Version dieses Traktandums.

Beschluss

Der Parlamentspräsident Harald Henggi erklärt folgende Personen als Mitglieder der entsprechenden Schulkommissionen für die Zeit vom 01.08.2009 bis zum 31.07.2010 als gewählt:

- Thomas Verdun (SVP), Schliern: Schulkommission Köniz/Schliern
 - Roland Röthlisberger (parteilos, Sitzanspruch SVP), Niederwangen: Schulkommission Wangental
 - Erika Zumbrunnen (parteilos, Sitzanspruch Grüne), Niederwangen: Schulkommission Wangental
 - Franziska Adam von Däniken (SP), Köniz: Schulkommission Spiegel
 - Denise Beldi (FDP), Spiegel: Schulkommission Spiegel
 - Erika Kobel-Itten (FDP), Mittelhäusern: Schulkommission Obere Gemeinde
 - Peter Moser (parteilos, Sitzanspruch Grüne), Wabern: Schulkommission Wabern
-

3. Rechnung 2008 Genehmigung; Direktion Präsidiales und Finanzen

Parlamentspräsident Harald Henggi: Hier ist festzuhalten, dass die GPK für ihre Beratungen zusätzlich die Produktrechnung erhalten hat. Detailfragen können am Schluss in der Detailberatung gestellt werden. Über Anträge – auch über die beantragten Nachkredite – wird separat abgestimmt.

GPK-Referent Stefan Lehmann (SVP): Mich freut es, im Namen der GPK über ein durchaus erfreuliches Rechnungsergebnis berichten zu können. An dieser Stelle herzlichen Dank an den Gemeinderat und an die Verwaltung für das positive Ergebnis. Zum ersten Mal seit langer Zeit ist kein ausserordentlicher Ertrag – keine so genannten Aufwertungen oder Landverkäufe – nötig gewesen, um ein positives Ergebnis zu erreichen. Im Anhang zur Rechnung finden Sie den Bestätigungsbericht der Revisionsstelle T & R, die die ordnungsgemässe Buchführung bestätigt im Weiteren ist die GPK in Kenntnis der Erläuterungsberichte der Revisionsstelle und der Finanzkontrolle, inklusive den einzelnen Revisionsbemerkungen. Die GPK wird an ihrer nächsten Sitzung, wenn die Stellungnahmen von Gemeinderat und Verwaltung vorliegen, noch einmal über diese Berichte beraten.

Einige ergänzende Bemerkungen zur Rechnung 2008: Sie schliesst mit einem Überschuss von 3,248 Millionen Franken ab. Budgetiert waren 871'000 Franken. Dieser Ertragsüberschuss wäre wesentlich höher, wenn gegenüber dem Budget nicht Folgendes geändert worden wäre: Die Abschreibungen sind auf 10 Prozent erhöht worden. Für 2008 müssten aber gemäss Vereinbarung mit dem AGR (Amt für Gemeinden und Raumordnung) lediglich 8 Prozent abgeschrieben werden. Der Gemeinderat betrachtet es als Akt der Fairness gegenüber dem AGR, die ordentlichen Abschreibungen vorzunehmen, wenn das Rechnungsergebnis dies erlaubt. Zudem wird eine Einlage in der Höhe von rund 1 Million Franken in die Spezialfinanzierung Schloss vorgesehen. Wenn zum vorgelegten Rechnungsergebnis von 3,248 Millionen Franken die zusätzlichen Abschreibungen von 1,7 Millionen Franken und die Einlage in die Spezialfinanzierung Schloss von rund 1 Million Franken angerechnet werden, würde das Rechnungsergebnis auf 5,948 Millionen Franken lauten. Der Ertragsüberschuss liegt somit effektiv 5 Millionen Franken über dem Budget.

Einige Bemerkungen zu den Nachkrediten: Die Spezialfinanzierung Schloss existiert bereits, der Bestand liegt zurzeit – ohne die vorgesehene Einlage von rund 1 Million Franken – bei rund 160'000 Franken. Ziel des Gemeinderates ist es, mit der Einlage von rund 1 Million Franken in die Spezialfinanzierung Schloss einen ausserordentlichen Steuerertrag (Lotteriegewinn) zu neutralisieren, um damit die Rechnung vergleichbarer zu machen. Auf Antrag der Abteilungen sind zusätzliche Nachkredite in der Höhe von rund 316'000 Franken für Abschreibungen auf

dem Verwaltungsvermögen der Spezialfinanzierungen (Feuerwehrfahrzeug und Rekultivierung der Kehrtrichtdeponie Gummersloch) vorgesehen.

Was sind die Hauptgründe für den gegenüber dem Budget besseren Rechnungsabschluss? Erstens der Steuerertrag: plus 5,4 Millionen Franken. Dieser setzt sich aus Mehrerträgen sowohl bei den juristischen als auch bei den natürlichen Personen und dem ausserordentlichen Ertrag infolge eines hohen Lotteriegewinns zusammen. Der Personalaufwand liegt rund 1,1 Million Franken tiefer als budgetiert. Die Begründung: Viele offene Stellen konnten nicht besetzt werden, die Fluktuation war 2008 relativ hoch, wie auch die Anzahl Pensionierungen. Ebenfalls tiefer sind der Sachaufwand (minus 587'000 Franken) und die Passivzinsen (minus 610'000 Franken). Bei den Investitionen zu Lasten Steuern beträgt der Realisierungsgrad 84 Prozent, was einem guten Durchschnitt der letzten Jahre entspricht. Der Gemeinderat hat Massnahmen ergriffen, um den Realisierungsgrad bei den Investitionen noch zu verbessern.

Streitpunkt anlässlich der GPK-Beratungen war die Einlage in die Spezialfinanzierung Schloss. Eine Minderheit findet es nicht gut, wenn Mittel auf diese Art zweckgebunden werden. Damit wird in ihren Augen ein unnötiges Präjudiz geschaffen. Die Mehrheit der GPK unterstützt die Idee des Gemeinderates für die Einlage in die Spezialfinanzierung Schloss. Das Parlament kann abschliessend über diese Einlage entscheiden.

Die GPK empfiehlt dem Parlament, die Rechnung gemäss den Anträgen des Gemeinderates zu genehmigen. Ziffer 1 und 2 mit 7 : 0 Stimmen, Ziffer 3, Nachkredit Konto 173.332 (übrige Abschreibungen Verwaltungsvermögen) mit 7 : 0 Stimmen und Ziffer 3, Nachkredit Konto 160.380 (Spezialfinanzierung Schloss) mit 5 : 2 Stimmen.

Parlamentspräsident Harald Henggi hält fest, dass das Eintreten gemäss Art. 34 Geschäftsreglement des Parlaments obligatorisch ist.

Fraktionssprecher Ignaz Caminada (CVP): Im Namen der CVP/EVP-Fraktion beginne ich mit dem Positiven: Eine Rechnung mit einem Ertragsüberschuss von rund 4,2 Millionen Franken, können wir mit Freuden entgegennehmen. Dass in diesem Ertragsüberschuss ein zusätzlicher Steuerertrag von 1,2 Millionen Franken infolge eines hohen Lotteriegewinnes enthalten ist, kann man niemandem vorwerfen. Wird aber dieser Ertrag vom Rechnungsergebnis 2008 abgezogen und werden die erhöhten Abschreibungen hinzu addiert, muss die Frage nach der Genauigkeit des Budgets 2008, das einen Gewinn von rund 900'000 Franken vorsah, in aller Deutlichkeit gestellt werden. Wir halten fest, dass das Budget 2008 im Verlaufe des Jahres 2007 offensichtlich zu pessimistisch erstellt worden ist. Nun erwarten wir vom Gemeinderat, dass er beim nächsten Budget die schon lange verlangte Steuersenkung mit einbezieht. Ein weiteres Jahr Verzögerung kann von der Bevölkerung nicht mehr nachvollzogen werden. Die CVP/EVP-Fraktion wird mit folgender Ausnahme allen Anträgen des Gemeinderates zustimmen: Die Mehrheit der CVP/EVP-Fraktion kann der Einlage von rund 1 Million Franken in die Spezialfinanzierung Schloss nicht zustimmen. Damit werden Mittel zweckgebunden, die vielleicht erst in einigen Jahren benötigt werden. Das Geld fehlt uns aber in der Zwischenzeit für andere, dringende Investitionen. Als Beispiel nenne ich Schulhaussanierungen oder Lärmschutzmassnahmen entlang von stark befahrenen Strassen. Wir fragen uns, wie der Gemeinderat dazu kommt, einen Antrag vorzulegen, der Art. 87 der kantonalen Gemeindeverordnung widerspricht. "Spezialfinanzierungen bedürfen einer Grundlage a) im übergeordneten Recht oder b) in einem Reglement der Gemeinde". Vorliegend existiert kein übergeordnetes Recht. Über die Spezialfinanzierung "Schloss" besteht zwar ein Gemeinde-Reglement, das aber in Art. 3 Abs. 2 klar Art. 87 Abs. 3 der obgenannten kantonalen Gemeindeverordnung widerspricht: "Spezialfinanzierungen dürfen nicht mit im voraus bestimmten Anteilen der ordentlichen Gemeindesteuern oder der Liegenschaftssteuern gespiesen werden". Eine Zuweisung würde demnach übergeordnetem Recht widersprechen. Aus unserer Sicht sind keine Spezialfinanzierungen einzurichten, weil damit Mittel über Jahrzehnte blockiert sein können. Nehmen wir das Beispiel der bereits bestehenden Spezialfinanzierung Schloss: Wären diese Mittel in der Höhe von 230'000 Franken in der normalen Gemeindekasse enthalten, hätte der Finanzfehlbetrag ein Jahr früher abgebaut werden können. Bereits im Jahr 2007 hätten die Abschreibungen mit 10 Prozent getätigt werden können. Wie auf Seite 4 zu lesen ist, hätte dies einen Einfluss auf die Rechnung 2008 gehabt, indem diese nochmals um 170'000 Franken besser abgeschlossen hätte. Das will nicht heissen, dass die CVP/EVP-Fraktion gegen Projekte auf dem Schlossareal ist. In unserer Stellungnahme haben wir uns auch klar für solche Projekte geäussert. Diese müssen in unseren Augen jedoch über die ordentlichen Investitionen budgetiert und abgewickelt werden.

Eine Bemerkung zu den Hochrechnungen, die uns jeweils anlässlich der Budgetdebatten vorgelegt werden: Die Gegner einer Steuersenkung haben im letzten November die Hochrechnung, die von einem beträchtlichen Gewinn ausging, eher als eine Vision betrachtet und erklärt, dass

es schön wäre, wenn es denn so kommen würde. Die Befürworter einer Steuersenkung haben aus der Erfahrung früherer Jahre bereits damals erklärt, dass die Rechnung 2008 noch besser ausfallen wird, und mit dem vorliegenden Resultat haben sie Recht erhalten.

Fraktionssprecher Hansueli Pestalozzi (Grüne): Auch wir Grünen sind sehr erfreut über den guten Rechnungsabschluss 2008 in der Höhe von 3,2 Millionen Franken. Die Gemeinde hat damit definitiv aus dem finanzpolitischen Jammertal gefunden und steht heute auf einem Berg von Eigenkapital in der Höhe von 15,6 Millionen Franken. Das entspricht gut zwei Steuerzehnteln. Wir befinden uns auf einer "Bergtour". Eigentlich hätte der Gemeinderat noch weiter hinauf steigen und ein Plus von 5,9 Millionen Franken ausweisen können, womit uns noch 2,7 Millionen Franken mehr Eigenkapital zur Verfügung stehen würde. Wir Grünen finden aber den eingeschlagenen Weg des Gemeinderates vernünftig. Abschreibungen in der Höhe von 10 Prozent anstatt den uns vom AGR für 2008 erlaubten 8 Prozent entlasten auch die Rechnung der Zukunft. Wir finden es auch wichtig, dass ausserordentliche Einnahmen für Ausserordentliches eingesetzt werden sollen. Die Gemeinde wird in Zukunft garantiert mehr als 1 Million Franken in Bezug auf das Schloss ausgeben und mit dieser Einlage in die Spezialfinanzierung sind damit Mittel gesichert, auch wenn auf der Bergtour ein Absturz erfolgen sollte. Ausserdem ist es nichts anderes als eine gute Tradition. Die Spezialfinanzierung Schloss ist seinerzeit durch Erbschaften gespiesen worden. Auf der Bergtour befinden wir uns zurzeit auf einem guten und sicheren Weg. Die Finanzkennzahlen sind mehrheitlich gut, nur gerade bei den Investitionen ist aus unserer Sicht noch zuzulegen, was ja auch geplant ist. Es stellt sich nun die Frage, welcher Weg in Zukunft eingeschlagen werden soll. Das Problem besteht darin, dass der Weg vor uns im Nebel liegt und keine Karte darüber besteht. Aber – das wissen wir auch – es lauern Hindernisse und Gefahren, die einen Absturz jederzeit möglich machen. So werden beispielsweise die Vermögenssteuererträge mit relativ grosser Wahrscheinlichkeit einbrechen. Die Steuereinnahmen von Unternehmungen sind dank der Hochkonjunktur sprunghaft gestiegen und auch diese können einbrechen. Ebenfalls werden die Personalkosten vermutlich höher sein als 2008, weil viele Vakanzen inzwischen wieder besetzt sind.

Bei der letzten Steuererhöhung vor sechs Jahren ist versprochen worden, dass diese wieder rückgängig gemacht wird, sobald genug Eigenkapital vorhanden ist. Die Steuern sind somit um 0,9 Steuerzehntel zu senken. Das würde jedoch Mindereinnahmen von rund 5,5 Millionen Franken bedeuten und angesichts der Konjunkturprognosen könnte dies für unsere Bergtour einen sehr rasanten Abstieg in nächste Tal bedeuten. Wir Grünen sind der Meinung, dass angesichts der heutigen Situation Volksvermögen im Umfang von 0,9 Steuerzehnteln zurückzugeben ist. Wir schlagen aber nicht den direkten Weg ins Tal vor, sondern einen mehr oder weniger horizontalen Höhenweg. Wir befürworten eine Steuersenkung von 0,5 Steuerzehnteln – rund 3 Millionen Franken weniger Einnahmen – möchten dafür jedoch beim "Proviant" zulegen. Auf einem unsicheren Weg ist dieser notwendig. Als Antwort auf die Rezession, in der wir zurzeit stecken, schlagen wir einen Klimafonds vor, um ein Förderprogramm im Energiebereich auf die Beine zu stellen. Dies sowohl für Private, für Betriebe als auch für die öffentliche Hand. Dieses Programm ist dazu da, dass weniger Mittel in die Hände der Ölmagnate fliessen, dafür umso mehr bei den lokalen KMU bleiben. Damit stärken wir die lokale Wirtschaft, reduzieren den CO₂-Ausstoss und werden erst noch unabhängiger vom Ausland.

In diesem Sinn wünsche ich allen "Bergheil". Wir Grünen stimmen allen Punkten des Gemeinderatsantrags zu.

Fraktionssprecher Mark Stucki (FDP): Die Rechnung 2008 bedeutet für uns Liberale letztlich eine Bestätigung, denn wir haben seit längerem festgehalten, dass eine Steuersenkung per 2008 drin liegt und nun ist es tatsächlich so. Man ist heute bereits so weit, dass Mittel "parkiert" werden müssen und will rund 1 Million Franken für die Spezialfinanzierung Schloss abzwiegen. Unter Berücksichtigung dieser Million weist die Rechnung 2008 einen Ertragsüberschuss von über 4,2 Millionen Franken aus, hinzu kommen noch die Abschreibungen. Herzlichen Dank an all die geduldigen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in der Gemeinde Köniz, die die Steuersenkung von 0,9 Steuerzehnteln nicht nur verdient, sondern wirklich sauer abbezahlt haben. In der Wirtschaftskrise gilt es nun zwingend ein Zeichen bei den Steuern zu setzen. Erfreulich ist für uns, dass in entscheidenden Bereichen eine gute Budgetdisziplin herrscht. Das gilt ganz besonders für den Personal- und Sachaufwand, zwei wichtige Posten, in denen eine Besserstellung gegenüber dem Budget ausgewiesen wird. Ich kann es mir aber nicht verklemmen, darauf hinzuweisen, dass mir hier anlässlich der Budgetberatung, wenn ich auf diese Ausgabenposten aufmerksam gemacht habe, erklärt worden ist, dass gerade in diesen Bereichen gar nichts mehr zu holen sei. Erfreulich ist auch die Entwicklung der Passivzinsen, mit ein Beweis für die finanzielle Gesundung der Gemeinde Köniz und auch die Erhöhung der Abschreibungen,

die zwar die Rechnung 2008 belastet, ist ein Zeichen für wieder gewonnenen finanzpolitischen Spielraum.

Eine Bemerkung zu den Steuereinnahmen: Lotteriegewinne sind vermutlich nicht jedes Jahr zu erwarten. Aber bezüglich der Bevölkerungsstruktur der Gemeinde und der Entwicklung bei den in unserer Gemeinde ansässigen Grossunternehmen, dürfte Köniz auch in der Wirtschaftskrise einigermaßen gut dastehen, vor allem im Vergleich mit anderen Kommunen. Diesen Vorteil gilt es zu nutzen. Bei der Investitionsrechnung kann ich mich wiederholen: Jahr für Jahr werden hier beim Budget Forderungen gestellt, was alles vorzunehmen ist und jedes Jahr stellen wir beim Vorliegen der Rechnung fest, dass der Realisierungsgrad verhältnismässig tief ist. Das kann so nicht befriedigen, gerade in einer rezessiven Phase müssen Investitionen möglichst rasch umgesetzt werden.

Ich komme zur Einlage in die Spezialfinanzierung Schloss. Kann man bei der Rechnung mit dem Gemeinderat zufrieden sein, hört dies bei der vorgeschlagenen Idee auf. Selbstverständlich muss im Schlossareal etwas gehen, darüber muss nicht diskutiert werden und die Gemeinde wird dafür vermutlich in die Kasse greifen müssen. Wir sind aber dezidiert der Ansicht, dass es nicht der richtige Weg ist, nun Mittel zweckgebunden abzuzweigen. Wir wollen dann entscheiden können, wenn ein konkretes Projekt vorliegt und die entsprechenden Mittel auf ordentlichem Weg dafür sprechen. Auch bei einer Spezialfinanzierung werden wir mitreden können, das ist uns klar. Hier handelt es sich aber nicht um eine langfristige gebührenfinanzierte Aufgabe, von der alle profitieren. Hier handelt es sich um eine zwar wichtige, aber punktuelle Aufgabe. Die Tatsache, dass bereits eine Spezialfinanzierung besteht, ist keine Legitimation dafür, diese auf Vorschuss weiter zu alimentieren. Wir wollen dann entscheiden können, wenn es etwas zu entscheiden gibt. So wie alle Menschen gleich sind, sind auch alle Investitionsvorhaben gleich und sollen gleich beurteilt werden. Wir halten nichts von "Kässeliwirtschaft".

Wir Liberalen werden demzufolge zur Einlage in die Spezialfinanzierung Schloss nein sagen, die Rechnung ansonsten gemäss dem Antrag des Gemeinderates genehmigen.

Fraktionssprecher Christian Burren (parteilos): Die SVP-Fraktion spricht ihren besten Dank an den Gemeinderat und die Verwaltung für die gute Rechnung 2008 aus. Wenn mehr als 3,2 Millionen Franken Ertragsüberschuss ausgewiesen werden und das Budget lediglich einen Überschuss von rund 900'000 Franken vorsah, kann man sagen, dass die Rechnung sehr gut ausgefallen ist. Die Differenz zum Budget beträgt fast 2,4 Millionen Franken. Das angestrebte Ziel, Eigenkapital in der Höhe von über 15 Millionen Franken zu bilden, ist erreicht worden. Somit sind rund 3 Steuerzehntel Eigenkapital vorhanden. Es gilt zu erwähnen, dass die Steuereinnahmen sicher zu pessimistisch budgetiert worden sind. Ich hoffe, dass im nächsten Budget an diesen Umstand gedacht wird, denn das für das nächste Budget massgebende Jahr 2008 ist noch nicht so sehr von der Rezession betroffen.

Wie bereits gehört, sind in der Rechnung verschiedene im Budget nicht vorgesehene Massnahmen getroffen worden wie die Veränderung des Abschreibungssatzes von 8 auf 10 Prozent und die Spezialfinanzierung Schloss. Ohne diese Massnahmen wäre das Rechnungsergebnis 2008 mit fast 6 Millionen Franken noch viel besser ausgefallen. Das würde einem Eigenkapital von über 3 Steuerzehnteln entsprechen. Ich denke, dass damit die Voraussetzung gegeben ist, die der Bevölkerung versprochene Steuersenkung umzusetzen. Weiter haben wir zur Kenntnis genommen, dass die Nettoinvestitionen gegenüber dem letzten Jahr erhöht worden sind und somit eine Forderung unserer Fraktion – die nötigen Investitionen in die Infrastruktur zu tätigen – teilweise erfüllt worden ist. Mit einer Realisation von ungefähr 80 Prozent der vorgesehenen Investitionen wäre sicher noch Raum für mehr vorhanden gewesen. Offenbar haben die dazu notwendigen Projekte aber gefehlt. Wir nehmen erfreut den Willen des Gemeinderates zur Kenntnis, in Zukunft die budgetierten Investitionen auch zu tätigen.

Die SVP-Fraktion stimmt den Anträgen des Gemeinderates in den Punkten 1 und 2 einstimmig zu. In Punkt 3 – bei den Nachkrediten – haben auch wir unsere Bedenken in Bezug auf die Spezialfinanzierung Schloss. Wir werden diesem Punkt nur teilweise zustimmen, weil wir der Meinung sind, dass Geld nicht zweckzubinden ist. Wir wollen über die Bereitstellung notwendiger Mittel entscheiden können, wenn das entsprechende Projekt vorliegt.

Fraktionssprecher Christoph Salzmann (SP): Das Jahr 2009 kommt die Parteien teuer zu stehen, denn es ist Wahljahr in der Gemeinde. Wer nicht rechtzeitig Rückstellungen getätigt hat, wird die Parteibeiträge massiv erhöhen müssen oder hat ein Finanzproblem. Die SP hat vorgesorgt. Was für Parteien, für Familien, für das Gewerbe, für KMU gilt, soll auch für die Gemeinde Köniz Recht sein. Wenn grosse Investitionen anstehen, sind Rückstellungen zu tätigen. Das Schloss wird Kosten verursachen. Allein schon die Instandhaltung der denkmalgeschützten Gebäude wird teuer zu stehen kommen. Die SP-Fraktion unterstützt deshalb die vorausschau-

ende Finanzpolitik des Gemeinderates und wird der Einlage in die Spezialfinanzierung Schloss zustimmen. Sie ist sich auch gewiss, dass der Gemeinderat die Investitionen weiter erhöhen wird, wie in der Finanzplanung versprochen.

Die SP-Fraktion ist erfreut über einen zum wiederholten Mal guten Rechnungsabschluss. Wenn über Rechnungen gesprochen wird, muss der Blickwinkel auf eine längere Zeitspanne ausgerichtet werden. Seit 2003 sind die Rechnungsergebnisse positiv. Der Personal- und Sachaufwand liegt unter dem Budget. Im langfristigen Vergleich seit dem Jahr 2000 liegen die Zuwachsraten unter der Teuerung. Real ist somit gespart worden. Im Vergleich zu grösseren und mittleren Städten des Kantons verfügen wir über den tiefsten Aufwand pro Einwohnenden. Insgesamt ist nun wieder Handlungsspielraum vorhanden und fast drei Steuerzehntel Eigenkapital sind vorhanden. Die Investitionen können auf das notwendige Mass erhöht werden, der schwache Investitionsanteil zeigt, dass dies notwendig ist. Wir sind froh, dass der Gemeinderat ein Investitionsmonitoring aufziehen will. Die SP-Fraktion rechnet damit, dass der Gemeinderat weiterhin sorgfältig mit den Ausgaben umgeht, die Mittel dort einsetzt, wo nötig und sinnvoll, Überflüssiges streicht und immer wieder überprüft, ob nicht alte Zöpfe abgeschnitten werden könnten. Die Neuorganisation des Bauinspektorats und die Einsparung einer Stelle, sind beispielhaft. Sorgen machen uns die steigenden Kosten des Lastenausgleichs in Bezug auf die Sozialhilfe. Hier muss infolge der Wirtschaftskrise für 2009 und die folgenden Jahre mit Mehrausgaben gerechnet werden. Sorgen macht uns überhaupt die Wirtschaftskrise allgemein. Im Jahr 2003 waren 3 Millionen Franken Steuereinnahmen von juristischen Personen zu verzeichnen. 2007 und 2008 waren dies mehr als 18 Millionen Franken, d. h. sechsmal mehr. Ein Teil dieser Steigerung ist sicher der Standortpolitik der Gemeinde Köniz zuzuschreiben. Ein anderer Teil aber auch der guten Konjunkturlage in den vergangenen Jahren. Unternehmenssteuern sind in höchstem Masse volatil. Es ist zu befürchten, dass sie infolge der Wirtschaftskrise um mehr als einen Steuerzehntel einbrechen werden. Wir müssen achtgeben, dass das Polster nicht hinwegschmilzt wie Märzschnee. Diesen Fakt gilt es in der Budgetdebatte im November zu berücksichtigen. An das von uns abgegebene Versprechen erinnern wir uns. Ich bin aber nicht der Meinung, dass Versprechen partout eingelöst werden müssen, wenn sie denn nicht einzulösen sind.

Wir danken dem Gemeinderat, dass er die Finanzen wieder ins Lot gebracht hat. Aufgeregte Finanzdebatten sind nicht mehr nötig. Wir fordern weiterhin eine weise Finanzpolitik und stimmen der Rechnung 2008 in allen Teilen zu.

Gemeindepräsident Luc Mentha (SP): Die bis anhin geführte Debatte über die Rechnung 2008 ist ruhig verlaufen, die gehaltenen Voten waren sachlich. Erlauben Sie mir, nicht nur das Rechnungsergebnis und einige Voten zu kommentieren, sondern vielleicht auch einen Blick in die Zukunft zu werfen.

Die Rechnung 2008 ist die Fortsetzung einer Reihe erfreulicher Rechnungsabschlüsse. Wir sind zu Beginn der laufenden Legislatur mit einem Bilanzfehlbetrag von 7 Millionen Franken gestartet und generieren nun Eigenkapital in der Höhe von 15,5 Millionen Franken. Die Nettoschuld – das Fremdkapital minus das Finanzvermögen – ist in dieser Legislatur um 15 Millionen Franken reduziert worden. Die mittel- und langfristigen Schulden sind 2008 um 10 Millionen Franken reduziert worden. Zusammen mit dem Schuldenabbau, gekoppelt mit einer immer noch erfreulichen Entwicklung bei den Zinsen, haben wir seit Beginn dieser Legislatur bei den Passivzinsen die Belastung pro Jahr um 1 Million Franken reduzieren können. Das sind erfreuliche Tatsachen. Bei einem Blick in die Zukunft muss Folgendes festgehalten werden: Ich glaube nicht, dass das sich hier hartnäckig haltende Bild meines Vorgängers vom Segeln im Nebel, noch stimmt. Nach meiner Auffassung fahren wir in einen handfesten Sturm hinein. Die Erarbeitung des Budgets 2010 wird stürmisch, Sie können meiner Ansicht nach das Ölzeug aus dem Schrank holen. Ob wir den Kurs halten können, kann ich Ihnen nicht versichern, vielleicht werden wir etwas davon abfallen müssen, damit wir nicht querschlagen. Die Weltwirtschaft ist nach einer breit abgestützten Wachstumsphase in eine tiefe Rezession gefallen. Aus der Bankenkrise ist inzwischen eine schwere Wirtschaftskrise geworden. Das BIP schrumpft laufend. Im März 2009 hat des seco (Staatssekretariat für Wirtschaft) für das BIP ein Minus von 2,2 Prozent vorausgesagt, im Juni lautet die Prognose bereits auf minus 2,7 Prozent. Für das Jahr 2010 prognostiziert das seco laufend schlechter, es rechnet mit minus 0,4 Prozent. Sie dürfen nicht vergessen, dass die Steuereinnahmen von für uns bedeutenden Unternehmungen für das Jahr 2008 teilweise auf Annahmen basieren, die erst nach dem Eingang der Steuererklärungen verifiziert werden können. Das kann negative wie aber auch positive Überraschungen bedeuten, mit Auswirkungen auf das heute vorliegende Rechnungsergebnis 2008.

Das Stichwort Steuersenkung ist in allen Fraktionserklärungen erwähnt worden. Im Jahr 2007 hat der Gemeinderat eine neue Finanzstrategie festgelegt und das Ziel vorgegeben, im Jahr

2010 die Steuern um 0,5 bis 0,9 Steuerzehntel zu senken. Das Parlament hat sich – mit Stichtungsentscheid des damaligen Parlamentspräsidenten – auf die Seite des Gemeinderates geschlagen und entschieden, dass eine Steuersenkung erst per 2010 erfolgen soll. Die Steuersenkung ist nach wie vor Ziel des Gemeinderates, aber ich muss heute festhalten, dass dieses Ziel heute äusserst ambitiös ist. Wir werden im Herbst darüber debattieren. Dass die Rezession die Weltwirtschaft und damit auch die Schweiz derart treffen wird, haben wir 2007 bei der Festlegung der Finanzstrategie nicht erwarten können. In Zukunft darf vom Gemeinderat sicher nicht mehr erwartet werden, dass er Budgets vorlegen wird, die dann durch die Rechnung jeweils um Millionenbeträge übertroffen werden.

Ich halte fest, dass die Diskussion bis anhin sachlich verlaufen ist und sich schliesslich nur noch um das Begehren in Bezug auf den Nachkredit für die Spezialfinanzierung Schloss dreht. Ich nehme zur Kenntnis, dass Spezialfinanzierungen in der politischen Kultur der Gemeinde Köniz einen schweren Stand haben. Darüber bin ich als Finanzminister aber nicht nur unglücklich. Die Spezialfinanzierung besteht bereits. Das unter dem damals geltenden Gemeindegesetz erarbeitete Reglement müsste heute jedoch anders erarbeitet werden, in diesem Punkt hat Ignaz Caminada Recht. Nicht teilen kann ich seine Auffassung, dass die Einlage so rechtlich nicht getätigt werden darf. Der Nachkredit ist sicher zulässig. In der Gemeinde Biel werden z. B. jedes Jahr Nachkredite in Millionenhöhe für verschiedenste Spezialfinanzierungen gesprochen. Der Gemeinderat ist der Meinung gewesen, dass Projekte im Schlossareal hohe Priorität haben. Die Pfrundschiür und das Chornhuus haben dringenden Sanierungsbedarf. Die Schätzungen lauten auf 20 bis 30 Millionen Franken. Angesichts der unerwarteten Steuereinnahmen aufgrund eines hohen Lotteriegewinns kamen wir zur Ansicht, in guten Zeiten Mittel für das Schlossareal zu äufnen, die dann angezapft werden können, sollten wir vollends von einem starken Sturm erfasst werden. Ich stelle fest, dass dieser Nachkredit sehr umstritten ist.

Im Namen des Gemeinderates bitte ich Sie, den Nachkredit zu genehmigen. Ich kann Ihnen versichern, dass das Parlament über Entnahmen aus Spezialfinanzierungen zugunsten des Unterhalts in ordentlichen Verfahren bestimmen kann. Der Gemeinderat kann bis 200'000 Franken entnehmen, alles was darüber geht – womit angesichts des Unterhaltsbedarfs zu rechnen ist – wird dem Parlament vorgelegt.

Detailberatung

Seiten 1 - 66

Ignaz Caminada (CVP): Beweis dafür, dass eine Rechnung nicht trockene Materie ist, ist in meinen Augen der letzte Satz auf Seite 3 unter Punkt 30: "Gegenüber dem Vorjahr ist der Personalaufwand infolge der nicht mehr reduzierten Personalversicherungsbeiträge sowie der höheren Personalbeschaffungskosten um 2,8 Prozent gestiegen, wobei sich die effektiven Löhne trotz Teuerung nur um 0,1 Prozent erhöhten." Bei der Lektüre des Satzteil "wobei sich die effektiven Löhne trotz Teuerung nur um 0,1 Prozent erhöhten", frage ich mich, was genau geschrieben steht. Der Teuerungsausgleich, den die Lohn Beziehenden der Gemeindeverwaltung Köniz sicher erhalten haben, betrug 2008 1,5 Prozent. Dass der einmalig eingeführte reduzierte Personalversicherungsbeitrag wieder zurückgenommen worden ist, kann hier nicht ins Spiel gebracht werden. Bei der Reduktion dieses Beitrages war in der Rechnung der Hinweis: "obwohl der Teuerungsausgleich 0,5 Prozent war, haben die effektiven Löhne um 1,9 Prozent zugenommen", nicht zu finden. Ich frage den Gemeinderat, ob die Gemeinde Köniz einen Teuerungsausgleich von 1,5 Prozent oder von 0,1 Prozent ausbezahlt hat.

Auf Seite 13 steht unter Fremdkapital: "Für die zu erwartenden Steuerteilungen der natürlichen und juristischen Personen mussten weitere 1,3 Millionen Franken Rückstellungen gebildet werden." Gemäss Auskunft aus der GPK sind unterdessen 16,5 Millionen Franken Rückstellungen vorhanden. Wenn wir in der Vergangenheit jedes Jahr jeweils 1,3 Millionen Rückstellungen für Steuerteilungen realisiert haben, sind die ersten Rückstellungen im Jahr 2000 oder sogar früher vorgenommen worden. Meine Frage: Wie lange dauert es, bis eine Steuerteilung endlich beschlossen ist? Ist keine höhere Instanz vorhanden, die den Beteiligten Druck machen kann? Welche Rolle nimmt die Gemeinde Köniz in dieser Angelegenheit ein, eine vorwärts gerichtete oder eine bremsende? Wird es sich schlussendlich um ein Nullsummenspiel handeln? Wie hoch sind die Rückstellungen für Steuerteilungen anderer Gemeinden, die für die Gemeinde Köniz getätigt worden sind?

Gemeindepräsident Luc Mentha (SP): Die Teuerung ist dem Personal wie beschlossen ausgerichtet worden. Auf die allgemeinen Fragen von Ignaz Caminada in Bezug auf Steuerteilungen kann ich keine allgemeine Antwort geben. Wie lange eine Steuerteilung dauert, hängt von

vielen Faktoren ab. So kann es sich z. B. um einen einzelnen Steuerpflichtigen handeln, der Vermögensteile in anderen Gemeinden besitzt oder um ein Unternehmen, das Teile seiner Unternehmung in der ganzen Schweiz besitzt. In der Gemeinde Köniz ist beides vorhanden. Steuererteilungen können unter Umständen Jahre dauern und hängen davon ab, welche Rechtsmittel von den Betroffenen ergriffen werden. Wenn diese Fragen vertiefter abgeklärt werden sollen, mache ich den Vorschlag, dieses Thema in der GPK zu diskutieren.

Seiten 200 – 209

Ignaz Caminada (CVP): Auf Seite 200 ist unter den nicht bezifferbaren Eventualverpflichtungen festgehalten, dass die Gemeinde Köniz der Pensionskasse des Personals der Einwohnergemeinde Köniz die "Erfüllung der Kassenverpflichtungen (Art. 11 Abs. 1 Bst. a)" und "die Verzinsung und Tilgung versicherungstechnischer Fehlbeträge (Art. 11 Abs.1 Bst. b)" garantieren muss. Kann der Gemeinderat erklären, was genau das heisst? Am 9. März 2009 haben wir im Parlament vom Gemeindepräsidenten zu diesem Thema folgende Äusserung gehört: "Die Abklärungen durch unseren Rechtsdienst haben ergeben, dass rechtlich betrachtet keine Ausfinanzierung notwendig ist, wenn sich die Pensionskasse im Moment der Verselbstständigung in einer Unterdeckung befindet." In welchem Verhältnis steht dieses Zitat mit der vorliegenden Eventualverpflichtung?

Gemeindepräsident Luc Mentha (SP): Diese Frage kann ich sur place nicht beantworten. Ich werde das anlässlich der Sitzung vom 29. Juni 2009 nachholen.

Mark Stucki (FDP): Da die Spezialfinanzierung Schloss im Parlament nicht unumstritten ist, stelle ich den Ordnungsantrag, über die beiden Nachkredite, d. h. über Ziffer 3 zuerst abzustimmen. Damit kann über die Rechnung dann in "connaissance de cause" abgestimmt werden.

Beschluss

Der Antrag, die Abstimmung über Ziffer 3 vorzuziehen, wird angenommen.
(abgegebene Stimmen: Mehrheit offensichtlich)

Bernhard Bichsel (jfk): Ich gehe auf das Votum von Christoph Salzmann ein: Dass die SP finanziell für den Wahlkampf vorgesorgt hat, ist klar. Ist sie doch jene Partei, die mit 60'000 Franken pro Legislatur die höchste Unterstützung durch die Gemeinde erhält. Auch wir haben aber für den Wahlkampf vorgesorgt. Ich möchte Sie bitten, den Nachkredit für die Spezialfinanzierung Schloss so nicht zu genehmigen, handelt es sich doch um einen Voraus- und nicht um einen Nachkredit. Aus der Sicht der Jungfreisinnigen ist es nicht ganz korrekt, weil mit Annahme des Nachkredits das Parlament zumindest teilweise umgangen wird. Eine Spezialfinanzierung ist eine Zweckbindung. In diesem Sinn bitte ich Sie um Ablehnung des Nachkredits Spezialfinanzierung Schloss.

Beschluss

1. Das Parlament bewilligt folgenden Nachkredit für das Rechnungsjahr 2008:

173.332	Übrige Abschreibungen Verwaltungsvermögen Spezialfinanzierungen Feuerwehrfahrzeuge und Rekultivierung Kehrrechtdeponie Gummersloch	Fr.	316'727.50
---------	--	-----	------------

(abgegebene Stimmen: Mehrheit offensichtlich)

Beschluss

2. Das Parlament lehnt folgenden Nachkredit für das Rechnungsjahr 2008 ab:

160.380	u. a. Einlage in Spezialfinanzierung "Schloss" (1 Million Franken für bevorstehende Grossinvestition)	Fr.	1'003'933.10
---------	--	-----	--------------

(abgegebene Stimmen: 22 lehnen ab, 15 stimmen zu)

Beschluss

3. Die Gemeinderechnung 2008, die bei Erträgen von Fr. 196'898'737.03 und Aufwendungen von Fr. 192'646'727.38 mit einem Ertragsüberschuss von Fr. 4'252'009.65 abschliesst, wird genehmigt.
(abgegebene Stimmen: Mehrheit offensichtlich)

Beschluss

4. Die Bestandesrechnung, die per 31. Dezember 2008 mit Aktiven und Passiven von je Fr. 243'241'415.97 abschliesst, wird genehmigt.
(abgegebene Stimmen: Mehrheit offensichtlich)
-

4. Verwaltungsbericht 2008

Genehmigung; Direktion Präsidiales und Finanzen

Parlamentspräsident Harald Henggi hält fest, dass das Eintreten auf den Verwaltungsbericht obligatorisch ist.

Zu den Sitzungsakten: Die Protokolle der Verwaltungsbesuche sind vertraulich. Der Verwaltungsbericht und der Anhang (Organigramme und Zahlen) werden gemeinsam geordnet nach Direktionen beraten. Zuerst äussert sich der jeweilige GPK-Referent oder die GPK-Referentin, anschliessend das entsprechende Gemeinderatsmitglied. Danach ist das Wort offen für die Parlamentsmitglieder.

GPK-Referent Stefan Lehmann (SVP): Wie jedes Jahr haben die GPK-Mitglieder den Verwaltungsbericht zum Anlass genommen, ihre Verwaltungsbesuche vorzunehmen. Das Resultat liegt Ihnen in Form der vertraulichen Protokolle vor. Wir stellen fest, dass wir über eine gute Verwaltung mit leistungswilligem Personal unter der Führung eines engagierten Gemeinderates verfügen. Im Namen der GPK danke ich dem Gemeinderat dafür und bitte, diesen Dank weiterzuleiten. Danken möchte ich auch den Kolleginnen und Kollegen der GPK und der KSF für ihren grossen Einsatz, den sie geleistet haben. Die GPK empfiehlt dem Parlament einstimmig, den Verwaltungsbericht 2008 zu genehmigen.

Ein Wort zu den Berichtsvorgaben "Ziel" und "Zielerreichung". Im Bericht sind wenige Tagesgeschäfte enthalten, was das Fragenpotenzial eingeschränkt hat. Etwas salopp ausgedrückt, war "wenig Fleisch am Knochen". Das soll nicht als Kritik verstanden werden. Die GPK wird an ihrer nächsten Sitzung über ihre Wünsche für die zukünftige Form des Verwaltungsberichts beraten.

Direktion Präsidiales und Finanzen (DPF)

GPK-Referent Stefan Lehmann (SVP): Der Verwaltungsbesuch hat zusammen mit Valentin Lager stattgefunden. Neue Personalstrategie: Zurzeit laufen aufwändige interne Abklärungen. Mit dem Beginn der Kommissionsarbeiten ist im Januar 2010 zu rechnen. Die Fluktuationsrate beträgt 20 Prozent. Bei 8 Prozent davon handelt es sich jedoch um befristete Verträge. Nach deren Abzug beträgt die Fluktuationsrate immer noch relativ hohe 12 Prozent. Diese hohe Fluktuationsrate hat in der Rechnung zu den dem Budget gegenüber tieferen Personalkosten geführt. Der Stand der Landgeschäfte aus der Sicht der Liegenschaftsverwaltung: Mit dem ersten Baurechtszinsertrag ist in drei bis vier Jahren zu rechnen. Zur Pensionskasse: Der Deckungsgrad beträgt per 1. Januar 2009 107 Prozent, was in der momentanen Situation sicher als gut zu bezeichnen ist. Im Vorjahr betrug der Deckungsgrad jedoch 130 Prozent und für die Erreichung eines Deckungsgrades von 107 Prozent mussten Schwankungsreserven von 30 Millionen Franken aufgelöst werden. Der Reservebestand beträgt noch 11 Millionen Franken. Zum Schluss danke ich dem Vorsteher der DPF, Gemeindepräsident Luc Mentha und seinem Team für die geleistete Arbeit.

Gemeindepräsident Luc Mentha (SP): Ich verdanke diesen Dank. Wir haben anlässlich des Verwaltungsbesuchs interessante, intensive und zum Teil kontroverse Gespräche führen können. Ich halte aber fest, dass der Verwaltungsbesuch konstruktiv war. Hier danke ich vor allem Stefan Lehmann, der nun für die Verwaltungsbesuche meiner Direktion zuständig ist.

Direktion Planung und Verkehr (DPV)

GPK-Referent Stefan Lehmann (SVP): Den Verwaltungsbesuch habe ich zusammen mit Thomas Herren vorgenommen, der jedoch nur zum Teil anwesend sein konnte. Wir haben über Fragen des öffentlichen Verkehrs diskutiert und dort darüber, welche Angebote geprüft werden. Auch ist darüber diskutiert worden, wo noch Tempo-30-Zonen umzusetzen sind. Das ist in Oberscherli, im Wichelacker in Gasel und an der Bondelistrasse in Wabern der Fall. Eingehend haben wir uns über das aus dem Jahr 1989 stammende Abfallbewirtschaftungskonzept unter-

halten. Das Leistungsangebot ist seit 1994 unverändert, die Kosten sind jedoch gestiegen, was operative Defizite zur Folge hat. Im Jahr 2008 betrug dieses 369'000 Franken. Handlungsbedarf ist dringend vorhanden und im entsprechenden Protokoll ist der Zeitplan für dieses Vorhaben aufgeführt. Über das Reklamereglement, über die Landgeschäfte aus der Sicht der Planenden sowie über die Ortsplanungsrevision, die einen kleinen Rückstand auf die Marschtabelle aufweist, haben wir uns ebenfalls unterhalten. Ich danke der Vorsteherin, Gemeinderätin Katrin Sedlmayer und ihrem Team herzlich für die geleistete Arbeit.

Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP): Ich danke Stefan Lehmann und Thomas Herren bestens für ihren Verwaltungsbesuch, im Speziellen Stefan Lehmann, der mich bis anhin begleitet hat. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit Thomas Herren bis Ende Jahr. Den Dank werde ich gerne weiterleiten.

Direktion Bildung und Soziales (DBS)

GPK-Referent Christoph Salzmann (SP): Bernhard Bichsel, ich selber und die KSF-Mitglieder haben sich zusammen eingehend mit dem Verwaltungsbericht der DBS auseinandergesetzt. Ein Auszug des Protokolls mit einigen Schwerpunkten ist Ihnen zugestellt worden. Ich wiederhole das darin Enthaltene nicht, weise aber auf vier Punkte hin. Der erste Punkt: Im Verwaltungsbericht ist die hohe Fluktuationsrate in der DBS einige Male erwähnt worden und hat Anlass zu einer eingehenden Diskussion gegeben. Gemeinderat Ueli Studer hat erwähnt, dass im Sozialbereich immer schon viele Personalwechsel zu verzeichnen waren. Neu ist aber, dass der Arbeitsmarkt ausgetrocknet ist. Der Aufwand zur Einarbeitung von neuen Sozialarbeitenden ist nicht zu unterschätzen. Der zweite Punkt: Im Jahr 2008 war das Thema Sozialhilfemissbrauch in der Öffentlichkeit präsent. Der Pilotversuch Sozialinspektoren ist deshalb ein Thema, das unsere Aufmerksamkeit verdient. Wer die Schlussfolgerungen eingehend betrachten will, kann den Auswertungsbericht des Kantons lesen, der auf der Internetseite der GEF (Gesundheits- und Fürsorgedirektion) zu finden ist. Ein Ausblick: Im Jahr 2010 wird der Gemeinde Köniz ein kantonaler Sozialinspektor zugeteilt. Bis dann kann die Gemeinde Aufträge an Private erteilen und die begonnenen verdeckten Ermittlungen abschliessen. Die stichprobenartige Überprüfung der Sozialhilfedossiers durch die externe Expertin Frau Lanker, ist auch 2008 vorgenommen worden. Diese helfen, die bereits gute Arbeit weiter zu optimieren. Auch hier geben Bericht und Protokoll Auskunft. Der dritte Punkt, die familienergänzende Kinderbetreuung ist stets im Brennpunkt politischer Diskussionen. Angaben zu den Wartelisten und den Wartezeiten haben dieses Mal gefehlt. Die Nachfragen der KSF und die entsprechenden Antworten sind dem Protokoll der Verwaltungsbesuche zu entnehmen. Der vierte Punkt: Im Bildungsbereich hat die Vorbereitung der Revision des Bildungsreglements mit der Einrichtung von Tagesschulen, dem Integrationskonzept, mit begleiteten Schulen, sicher viel Raum eingenommen. Wir werden uns in Traktandum 10 eingehend damit befassen.

Wir danken der DBS für ihre engagierte Arbeit im Bildungs- und Sozialbereich. Gemeinderat Ueli Studer und seine Chefbeamten haben uns eingehend, offen und kompetent Auskunft erteilt. Die KSF und die GPK können deshalb dem Parlament mit Überzeugung die Annahme des Verwaltungsberichts empfehlen.

Gemeinderat Ueli Studer (SVP): Ich danke der KSF für ihre Arbeit. Sie berät nicht nur die Geschäfte vor, über die im Parlament zu entscheiden ist, sondern die Mitglieder interessieren sich für andere sozialpolitische Themen, über welche wir sie jeweils informieren. Ich danke der KSF auch für ihr Mittun im letzten Jahr, als das Projekt Sozialhilfeinspektoren eingeführt worden ist. Wir konnten die KSF jeweils über den neuesten Stand informieren, was dazu beigetragen hat, dass dieses Thema nicht so hohe Wellen geschlagen hat wie andernorts. Weiter danke ich Christoph Salzmann und Bernhard Bichsel für ihren Verwaltungsbesuch und für die grosse Arbeit.

Direktion Gemeindebauten (DBA)

GPK-Referentin Stephanie Staub-Muheim (SP): Die Abteilung Gemeindebauten ist eine Dienstleistungsabteilung für alle Direktionen. Sie stellt qualitativ, kostenmässig und terminlich optimale Lösungen zur Verfügung und begleitet die Objekte bis zur Inbetriebnahme. Hier einige Highlights: Total 27 Projekte sind bearbeitet worden. Die einzelnen objektspezifischen Zielsetzungen sind erreicht worden, einzelne Projekte konnten sogar vorgezogen werden. Police Bern hat ihre Räumlichkeiten im Neubau der Polizeiabteilung bezogen. Im Kindergarten Wabersacker konnte der Erweiterungsbau in Minergie-eco-Qualität gestartet werden. Für das alte Schulhaus Nie-

derwangen ist ein Raum- und Nutzungskonzept erstellt worden. Die Projektierungsarbeiten für die Schulanlage Steinhölzli sind ausgeführt und nach der positiven Volksabstimmung können im Juli 2009 die Bauarbeiten planmässig gestartet werden. Im Haberhuus konnte das Schulmuseum eröffnet werden. Das Highlight für die Sportler war im Jahr der Euro 08 die Erneuerung des Kunststoffrasenfeldes im Liebefeld. Die Sicherheitsmassnahmen auf den Spielplätzen der Schulanlagen sind umgesetzt worden. Die energiesparenden Massnahmen sowie die architektonische Eleganz der Sanierung der Gebäudehülle des Buchseeschulhauses können anlässlich einer Besichtigung festgestellt werden. Total 138'600 Franken konnten bei der Stiftung Klimarappen abgeholt werden. Nebst all diesen Highlights hat die DBA aber grosse Sorgen. Auf die Frage, wie es mit der langfristigen Werterhaltung der Schulbauten steht, wurde uns der zukünftige Finanzbedarf anhand von Grafiken erläutert. Bei einer Begehung diverser Schulanlagen der Gemeinde mit einer Delegation des Gemeinderates und dem Finanzverwalter, wurden uns die Bedenken einer Finanzierungslücke aufgezeigt. In die Werterhaltung von Schulanlagen, Kindergärten und Ferienheim müssten jährlich 7 bis 8 Millionen Franken investiert werden. Davon entfällt rund die Hälfte auf Grundsanierungen von grossen Schulanlagen. Ich fordere das Parlament auf, bei der Budgetdebatte positiv auf die beantragten Investitionskredite zu reagieren. Das dürfte anlässlich des guten Rechnungsergebnisses wahrscheinlich kein Problem sein. Ich möchte im Namen der Bevölkerung der Vorsteherin der DBA, Gemeinderätin Judith Ackermann und ihrem Team herzlich für die gute, solide und optimale Arbeit danken. Die Zusammenarbeit mit der Gemeinderätin und ihrem Team hat mir stets Freude bereitet, denn der Dialog ist offen, kompetent, zuverlässig und schnell.

Gemeinderätin Judith Ackermann (FDP): Dieses Lob tut allen gut und man merkt, wie stark sich Stephanie Staub-Muheim zusammen mit Hansueli Pestalozzi mit unserer Direktion befasst haben. Ich schätze dies, werde den Dank gerne weiterleiten und freue mich auf weitere spannende Gespräche.

Direktion Gemeindebetriebe (DBE)

Hansueli Pestalozzi (Grüne): Am 21. April 2009 habe ich zusammen mit Valentin Lagger den Verwaltungsbesuch vorgenommen. Besten Dank für die freundliche Aufnahme und vor allem für die kompetente Beantwortung all unserer Fragen.

Auch uns fehlt – wie Stefan Lehmann bereits erwähnt hat – im Verwaltungsbericht die Erwähnung des Tagesgeschäfts, mit den Freuden und Leiden, Sorgen und Nöten der Direktionen. Wir haben konkrete Fragen in diese Richtung gestellt und folgende Antworten erhalten: Die Fluktuationsrate ist bei der Direktion Gemeindebetriebe besonders tief, dies zusammen mit einem sehr guten Klima unter den Mitarbeitenden. Wir haben den Eindruck, dass hier kompetente und gute Arbeit geleistet wird. Erwähnt worden ist auch, dass die Tarife für Wasser und Abwasser seit 1992 unverändert sind. Auch wenn immer wieder über hohe Gebühren und Tarife geklagt wird, sind sie in Frankenbeträgen nichtsdestotrotz konstant geblieben. Im Vergleich zum Landesindex der Konsumentenpreise haben sie real sogar um ungefähr 20 Prozent abgenommen. Die Spezialfinanzierungen in dieser Direktion stehen auf gesunden Beinen. Im Verwaltungsbericht ist das Projekt "Wasserzählerreduktion" erwähnt. Hier handelt es sich nicht um eine Reduktion der Anzahl der Wasserzähler, sondern um eine Redimensionierung derselben. Seit dem letzten Jahr werden die Kunden systematisch auf eine zu grosse Dimensionierung ihrer Wasserzähler aufmerksam gemacht. Denn je grösser die Dimension desto höher sind die Grundgebühren. Für die Kundschaft verursacht ein kleinerer Wasserzähler weniger hohe Grundgebühren, für die Gemeindeverwaltung bedeutet das aber einen Einnahmeverlust. Müssten die Gemeindebetriebe nach rein marktwirtschaftlichen Kriterien handeln, würde die Kundschaft nicht auf diesen Umstand hingewiesen. Als Teil der Gemeindeverwaltung sind die Gemeindebetriebe jedoch den Einwohnenden gegenüber verpflichtet.

Zu den Geodaten: Letztes Jahr habe ich erwähnt, dass diese der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden sollen. Gemäss Auskunft von Gemeinderat Urs Wilk werden diese im nächsten Herbst im Rahmen des Regio-GIS online geschaltet werden können. Das ist wichtig für unsere Arbeit als Parlamentsmitglieder, wenn wir z. B. über einen bestimmten Ort wissen wollen, was alles an Grundlagen vorhanden ist.

Gemeinderat Urs Wilk (FDP): Wenn die Verwaltungsbesuche von solch kompetenten Gesprächspartnern wie Hansueli Pestalozzi und Valentin Lagger vorgenommen werden, machen diese viel Freude. Die Sorgen und Nöte, die uns im Alltag beschäftigen, können so gut diskutiert werden. Ich danke herzlich für den sehr positiven Bericht.

Direktion Sicherheit (DSI)

GPK-Referent Thomas Herren (FDP): Stephanie Staub-Muheim und ich sind am 21. April 2009 anlässlich des Verwaltungsbesuches bei der DSI von Gemeinderätin Marianne Streiff und ihrem Team empfangen worden. Auch bei uns haben sich die Fragen, welche wir im Vorfeld erreicht haben, an der neuen Struktur des Verwaltungsberichts orientiert. Wir haben ein offenes Gespräch anhand der uns interessierenden Aspekte führen können. Insbesondere möchte ich kurz auf das Thema Polizei eingehen. Wir haben nach ersten Erfahrungen in Bezug auf die Zusammenarbeit mit Police Bern gefragt. In der kurzen Zeit seit der Zusammenführung im Herbst 2008 sei nichts Negatives festzustellen gewesen, ist uns ausgeführt worden. Man hat jedoch vor, eine Befragung bei der Bevölkerung durchzuführen, wie die Einheitspolizei aufgenommen wird. Unter dem Titel Lärmemissionen ist das Gurtenfestival ein weiteres Mal Thema gewesen, obwohl die Gemeinde hier über keine Bewilligungskompetenz verfügt, die getroffenen Auflagen aber kontrollieren muss. Auch im letzten Sommer litt die Badeanlage Weiermatt unter den ungünstigen meteorologischen Bedingungen. Es ist jedoch festzustellen, dass im Betrieb in Bezug auf Organisations- und Personalplanung auf die meteorologischen Bedingungen angemessen und flexibel reagiert wird. Wir haben zur Kenntnis genommen, dass die Erarbeitung einer neuen Badeverordnung geplant ist, die als notwendig erachtete Verbesserungen im Badebetrieb und in der Führung bringen soll.

Ich möchte an dieser Stelle Gemeinderätin Marianne Streiff und ihrem Team für ihre Arbeit in der DSI mit ihrem breit gefächerten Aufgabenbereich danken.

Gemeinderätin Marianne Streiff (EVP): Ich gebe diesen Dank gleich an Thomas Herren und Stephanie Staub zurück. Ich danke für die interessanten Fragen. Die Auseinandersetzung mit den GPK-Mitgliedern ist jeweils spannend, denn wir erhalten dadurch immer wieder neue Denkanstösse. Thomas Herren danke ich für die zwei Jahre, die er meine Direktion begleitet hat. Den Dank werde ich gern an die Verwaltung weiterleiten.

Direktion Umwelt und Landschaft (DUL)

GPK-Referent Bernhard Bichsel (jfk): Am 24. April 2009 habe ich zusammen mit Christoph Salzmann die DUL besucht. Wir sind von Gemeinderätin Rita Haudenschild und den Chefbeamten begrüsst worden. Im Vorfeld haben wir sehr viele Fragen gestellt und diese entsprechend umfassend und sehr kompetent beantwortet erhalten, wofür wir herzlich danken. Viele Punkte sind besprochen worden, so unter anderem die Feuerungskontrolle, Lärmthemen, die Energiefachstelle, die ausserordentlichen Schäden bei Friedhofanlagen und zusätzlich haben wir – als fast erste – einen Einblick in die Gefahrenkarte der Gemeinde Köniz nehmen dürfen. Nebst vielen besprochenen Themen, haben wir uns grundsätzlich über die Struktur des Verwaltungsberichtes unterhalten. Vertiefte Diskussionen werden nötig sein, denn auch in anderen Direktionen ist die Neugestaltung des Verwaltungsberichtes ein Thema. Ich teile Ihnen mit, dass wir in der GPK bereits beschlossen haben, dieses Thema zusammen mit dem Gemeinderat weiterzuverfolgen.

Gemeinderätin Rita Haudenschild (Grüne): Auch ich danke Bernhard Bichsel und Christoph Salzmann herzlich, vor allem auch für die vielen sehr interessanten Fragen. Auch ich lerne jeweils dabei, wenn von aussen in die Tiefe gehende Fragen gestellt werden. Wie dem Protokoll zu entnehmen ist, haben wir uns lange über die DUL unterhalten. Ich danke für die dafür aufgewendete Zeit und für das grosse Interesse. Den Dank werde ich gerne an die Mitarbeitenden weiterleiten.

Produkt 28/29, Energie und Landschaft

Hansueli Pestalozzi (Grüne): Ich habe den Verwaltungsbericht sowie den Anhang (Organigramme und Zahlen) sehr gut gelesen. Ich interessiere mich speziell für Energiefragen. Im Verwaltungsbericht 2007 war noch einiges über das Thema Energie enthalten, was dieses Jahr nicht mehr der Fall war. In der uns zur Kenntnis gebrachten Energiestrategie ist ersichtlich, dass die Gemeinde Köniz zu 90 Prozent von fossilen – d. h. nicht erneuerbaren - Energieträgern abhängig ist. Das ist in meinen Augen eine Zeitbombe. Aus dieser Sicht ist es wichtig, dass diese Zahlen im Verwaltungsbericht enthalten sind.

Gemeinderätin Rita Haudenschild (Grüne): Wir haben diese Frage von Hansueli Pestalozzi bereits in der GPK besprochen. Wir sehen vor, Ihnen in Zukunft den jährlichen Rechenschafts-

und Controllingbericht des Energiestadt-Programms im Verwaltungsbericht zur Kenntnis zu geben. Wir nehmen diese Anregung sehr gerne entgegen.

Allgemeine Diskussion zum Verwaltungsbericht

Martin Graber (SP): Die Genehmigung des Verwaltungsberichts ist heute vorzunehmen. Ich frage mich aber, wo wir Steuerungsmöglichkeiten haben. Im November 2009 werden wir vom IAFP Kenntnis nehmen, d. h. dort ist keine Steuerungsmöglichkeit vorhanden. Steuerungsmöglichkeiten wären beschränkt beim Planungsbeschluss vorhanden. Ich habe das Gefühl, dass sich hier "die Katze in den Schwanz beisst". Ich frage mich, wie viele Stunden Arbeit die Verfassung des Verwaltungsberichts jeweils auslöst und was der Gewinn für uns Parlamentsmitglieder in Bezug auf Steuerungsmöglichkeiten ist. Ist der Aufwand die aufgeworfenen Steuergelder Wert oder ist es einfach nur "l'art pour l'art"? Schön ist, dass so viel gedankt wird, ob dies allerdings viel bringt, davon bin ich nicht überzeugt.

Heinz Engi (FDP): Ich bedanke mich im Namen der FDP-Fraktion für die während des Jahres geleistete grosse Arbeit, die sich im Verwaltungsbericht widerspiegelt. Einerseits für die Arbeit von Verwaltung und Exekutive, andererseits auch für die grosse Arbeit der GPK. Der Aufbau des Verwaltungsberichts ist bereits mehrere Male angesprochen worden. Die Darstellung gemäss Produktstruktur des IAFP ist ein Schritt in die richtige Richtung. Wir haben gehört, dass der Gemeinderat die Struktur des Berichts nochmals überdenken will. Die FDP-Fraktion erwartet, dass im nächsten Jahr ein optimierter Bericht vorgelegt wird.

Markus Bont (EVP): Die Mitglieder der CVP/EVP-Fraktion danken dem Gemeinderat und der Verwaltung für die gute Arbeit. Der Verwaltungsbericht ist ausführlich und meistens kann er gut nachvollzogen werden. Es fällt aber auf, dass die Informationen je nach Abteilung und Direktion ausführlicher oder weniger ausführlich sind. Der Aufbau gemäss Produktgruppen macht den Bericht übersichtlich. Wir regen an, im nächsten Jahr an einer Definition weiterzuarbeiten, was Ziel und was Aufgabe ist, was courant normal und was ausserordentlich ist. Hier sind Verbesserungen möglich und notwendig.

Niklaus Hofer (SVP): Auch die SVP-Fraktion dankt dem Gemeinderat und der Verwaltung für die sehr ausführlichen Dokumente, die uns zugestellt worden sind. Liest man die beiden Dossiers genau durch, kann man gut nachvollziehen, was im Jahr 2008 in der Gemeindeverwaltung gearbeitet worden ist. Ebenfalls sehr gut sind die Protokolle der Verwaltungsbesuche. Das vermindert Fragen anlässlich der entsprechenden Parlamentssitzung erheblich. Ich danke nochmals herzlich und rege an, mit der Darstellung gemäss Produktgruppen weiterzufahren.

Gemeindepräsident Luc Mentha (SP): Ich verdanke im Namen des Gemeinderates insgesamt die Verwaltungsbesuche, die kritische Auseinandersetzung und die heutigen Feedbacks herzlich. Es gehört zu den nobelsten, edelsten und fundamentalsten Pflichten der Legislative, im Rahmen der Verwaltungsbesuche den Gemeinderat und die Verwaltung zu kontrollieren. Die Tatsache der sehr umfassenden Protokolle der Verwaltungsbesuche zeigt, dass Fragen sehr fundiert in die Tiefe gehend gestellt worden sind. Das Parlament von Köniz nimmt diese Aufgabe sehr ernst. Ein kleiner Reminder meinerseits, was die Darstellung des Verwaltungsberichts anbelangt: Die Darstellung des Verwaltungsberichts ist durch den Stellvertreter der Gemeindeforschreiberin, Herrn Rennenkampff, neu konzipiert worden. Dieser wurde in der GPK präsentiert, die ein positives Feedback abgegeben hat. In der Exekutive waren unterschiedliche Meinungen vorhanden, wie er vom Parlament aufgenommen wird. Es ist sicher richtig, wenn im Rahmen der GPK nach Verbesserungsmöglichkeiten gesucht wird. Verbesserungen sind möglich und wir werden uns diesbezüglich bemühen.

Parlamentspräsident Harald Henggi: Vor der Schlussabstimmung spreche ich den GPK-Referentinnen und –referenten Dank aus, die sich an ihre Vorgaben gehalten haben. Die Referentinnen und Referenten haben sich in ihren Voten auf einige Highlights konzentriert, was zu einer zügigen Beratung des Verwaltungsberichts beigetragen hat.

Beschluss

Der Verwaltungsbericht 2008 wird genehmigt.
(abgegebene Stimmen: einstimmig)

5. Stellenbewirtschaftung

Beschluss; Direktion Präsidiales und Finanzen

GPK-Referent Stefan Lehmann (SVP): Die Schaffung von unbefristeten öffentlich-rechtlichen Stellen liegt in der Kompetenz des Parlaments. Wie sinnvoll dies ist, ist bereits einige Male diskutiert worden und wird bei der Revision des Personalreglements sicher ein Diskussionspunkt sein. Die aufgeführten Stellen 2.1 und 2.2 beziehen sich auf dieselbe Person in der Planungsabteilung und ergeben zusammen eine 100-Prozent-Stelle. Die Stellen 2.3 bis 2.7 kommen alle aus der DBS (Direktion Bildung und Soziales). Sie sind auch in der KSF traktandiert gewesen und diese hat keine Bemerkungen zur Schaffung dieser Stellen angebracht. Ausser der Stelle 2.4 gehen alle die DBS betreffenden Stellen in den Lastenausgleich. In der Begründung hat sich bei der Stelle 2.3 ein Fehler eingeschlichen: Anstatt 80 Prozent sollten 90 Prozent aufgeführt sein.

Die GPK empfiehlt dem Parlament einstimmig, den Anträgen des Gemeinderates zuzustimmen.

Parlamentspräsident Harald Henggi hält fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Fraktionssprecher Heinz Engi (FDP): Wie hohe finanzielle Mittel bewilligen wir mit der Zustimmung der Stellenumwandlungen in unbefristet öffentlich-rechtliche Stellen? Die Vorlage scheint mir diesbezüglich nicht transparent, die Begründungen zu den einzelnen Begehren sind oberflächlich. Zudem sollte bei einem Personalkörper von rund 400 Stellen die Umwandlung von weniger als einem Prozent der Stellen kostenneutral durch Kompensation in anderen Abteilungen erfolgen können. Ich hoffe, dass das auf Vorstoss der FDP zu revidierende Personalreglement hier Linderung schafft. Vielleicht kann an dieser Stelle der Gemeindepräsident kurz über den aktuellen Stand der Revision des Personalreglements informieren.

Die FDP/jfk-Fraktion wird den Stellenumwandlungen zustimmen.

Fraktionssprecher Alfred Arm (SP): In den Augen der SP-Fraktion sind die abgegebenen Begründungen für die Stellenschaffungen transparent und die SP stimmt der Umwandlung der Stellen zu. Die Stelleninhaberinnen der beiden erstgenannten Stellen 2.1 und 2.2, die in einer Stelle zusammengefasst sind, arbeiten an den Themen Bodenpolitik, gemeindeeigene Areale und Ortsplanungsrevision. Das sind wichtige, strategisch bedeutsame Themen und die Umwandlung in ein unbefristet öffentlich-rechtliches Arbeitsverhältnis ist begründet. Zur Stelle 2.3 ist erwähnt worden, dass die Stellenprozente falsch angegeben sind. Hier ist ein starker Abbau von 90 auf 10 Stellenprozente der provisorischen Stelle festzustellen. Dass von der provisorischen Stelle nun lediglich 10 Prozent benötigt werden, begründet sich auf einer Abnahme der Fallzahlen im Asylbereich, die sich auf einem tieferen Niveau stabilisiert haben. Die Stellen 2.5, 2.6 und 2.7 sind von der KSF geprüft worden und die quantitative Begründung mit der Zunahme der Fallzahlen ist in meinen Augen richtig. Vielleicht werden in Zukunft auch qualitative Begründungen aufgeführt sein, weil in diesem Bereich die zu behandelnden Einzelfälle immer komplexer werden.

Gemeindepräsident Luc Mentha (SP): Ich räume durchaus ein und das ist auch die Auffassung des Gesamtgemeinderates, dass die Steuerung der Personalkosten und der Stellen über das gegenwärtig angewendete Instrument diskussionsbedürftig ist. Deshalb ist es sicher richtig, dass wir im Rahmen der Personalstrategie und der Revision der Reglemente gemeinsam nach besseren Lösungen suchen wollen. Ich halte hier aber fest, dass die Personalkosten insgesamt im Griff sind, was die Rechnung 2008 aufzeigt, wie auch der Blick auf die vergangenen 8 Jahre. Wie Sie dem Antrag entnehmen können, gibt es auch keinen Automatismus, will heissen, dass zuerst z. B. im Asylbereich eine provisorische 90-Prozent-Stelle für 2 Jahre geschaffen und nach diesen 2 Jahren beantragt wird, die 90-Prozent-Stelle in eine unbefristet öffentlich-rechtliche umzuwandeln. Das Beispiel der Stelle 2.3 zeigt auf, dass dies nicht der Fall ist. Die hier beantragten Stellen sind ausgewiesen durch steigende Arbeitslast und in diesem Sinn bitte ich Sie, dem Antrag zuzustimmen.

Beschluss

Die Umwandlung der folgenden befristeten öffentlich-rechtlichen Stellen in unbefristet öffentlich-rechtliche Stellen nach Art. 4 Abs. 1 des Personalreglements wird beschlossen:

	Direktion/ Abteilung	Richtfunktion	Stellen- %	Bewilligung Stelle	Ablauf Bewilligung	Umwand- lung per
2.1	DPV / PLAK	Fachspezialist/in (LK 12)	60%	31.05.2006	31.12.2009	01.01.2010
2.2	DPV / PLAK	Fachspezialist/in (LK 12)	40%	27.11.2007	31.12.2009	01.01.2010
2.3	DBS / AJG	Sachbearbeitung im sozialen Bereich (LK 9)	10%	28.04.2004	30.06.2010	01.07.2010
2.4	DBS / ASV	Administrative Sach- bearbeitung (LK 6)	80%	03.11.2004	31.12.2009	01.01.2010
2.5	DBS / ASV	Sachbearbeitung im sozialen Bereich (LK 9)	40%	30.03.2005	31.03.2010	01.04.2010
2.6	DBS / ASV	Sachbearbeitung im sozialen Bereich (LK 9)	20%	30.03.2005	31.03.2010	01.04.2010
2.7	DBS / ASV	Höhere Sachbearbei- tung im sozialen Bereich (LK 10)	70%	30.03.2005	31.03.2010	01.03.2010

(abgegebene Stimmen: Mehrheit offensichtlich)

6. Änderung des Verwaltungsorganisationsreglements

Beschluss; Direktion Präsidiales und Finanzen

Kommissionspräsidentin köviz.fünf Anna Mäder (SP): Dieses Geschäft ist nicht durch die GPK vorberaten worden, sondern durch die Kommission köviz.fünf, weil es in deren Zuständigkeitsbereich gehört. Da es sich beim vorliegenden Geschäft eher um einen Nebenpunkt mit nicht allzu grosser Tragweite handelt, sind wir folgendermassen vorgegangen: Wir haben per E-Mail über die Vorlage und über das Bedürfnis nach der Einberufung einer speziellen Sitzung zum Thema abgestimmt. Das Resultat: 9 Kommissionsmitglieder haben die Vorlage unterstützt und keinen Diskussionsbedarf angebracht, 2 Kommissionsmitglieder haben sich der Stimme enthalten. Meine Abklärungen haben ergeben, dass zumindest eines dieser Mitglieder, das sich der Stimme enthalten hat, die Einberufung einer speziellen Sitzung nicht wünschte. Ich versuchte mithilfe des Rechtsdienstes die Bedenken der Mitglieder auszuräumen. Das war nicht möglich.

Ich lege den Standpunkt der Minderheit dar. Bei dieser Vorlage geht es um die Frage, ob der Gemeinderat die Möglichkeit haben soll, den Direktionen weitere Organisationseinheiten zuzuweisen. Bei der Behandlung des Verwaltungsorganisationsreglements im Oktober 2008 hat das Parlament dem Antrag von Valentin Lager auf Streichung von Abs. 5 in Art. 3 zugestimmt und damit jene Bestimmung ersatzlos gestrichen, die genau dies ermöglicht hätte. Zur Begründung hat Valentin Lager im Wesentlichen zwei Argumente vorgebracht. Erstens hat er befürchtet, dass der Gemeinderat mit dieser Bestimmung, der Zuordnung von weiteren Organisationseinheiten, in die Kompetenz des Parlaments eingreifen könnte. Zweitens hat er den unbekanntenen und unklaren Begriff "Organisationseinheiten" moniert. Das führe zu Rechtsunsicherheiten. Dem ersten Einwand trägt die neue Vorlage des Gemeinderates Rechnung. Mit der neuen Formulierung wird explizit festgehalten, dass die direkte Unterstellung von einzelnen Organisationseinheiten nur unter Beachtung der Art. 4 – 8 des Reglements erfolgen kann. Damit ist explizit festgehalten, dass der Gemeinderat nicht in die Kompetenz des Parlaments eingreifen darf. Ausschliesslich das Parlament nimmt die Zuteilung der Bereiche auf die fünf Direktionen vor. Das haben wir im letzten Herbst mit der Gutheissung der Art. 4 – 8 des Verwaltungsorgani-

sationsreglements auch vorgenommen. Damit kann erklärt werden, dass in Bezug auf die Kompetenzzuteilung alles klar geregelt ist. Direktzuweisungen durch den Gemeinderat können nur innerhalb der betroffenen Direktionen vorgenommen werden. Es ist nicht möglich, dass der Gemeinderat eine Organisationseinheit einer Direktion in eine andere verschieben kann. Dem zweiten Einwand von Valentin Lagger, dass der Begriff "Organisationseinheit" unbekannt und unklar ist, trägt auch die neue Vorlage nicht Rechnung. Das ist genau der Punkt, an dem sich die beiden sich der Stimmen enthaltenden Kommissionsmitglieder gestört haben. Meine Abklärungen beim Rechtsdienst haben ergeben, dass der Begriff ganz bewusst unbestimmt gewählt worden ist. Dies weil sich der Gemeinderat nicht festlegen will und kann, wenn die Bestimmung überhaupt Sinn machen soll. Die Regelung soll für ganz unterschiedliche Organisationseinheiten greifen. Es kann eine Fachstelle, eine Abteilung, ein Dienstzweig, eine Gruppe oder auch eine einfache Gesellschaft wie das RAZ (Regionales Ausbildungszentrum Zivilschutz) sein. Wenn so unterschiedliche Organisationseinheiten betroffen sein könnten, muss auch der Begriff der dazu verwendet wird, zwingend offen sein. So lange gewährleistet ist, dass mit dieser Regelung keine direktionsübergreifenden Verschiebungen vorgenommen werden können, kann man damit leben. Mit der neuen Vorlage ist dies nun gewährt.

Die Kommission köviz.fünf empfiehlt dem Parlament mit 9 Stimmen bei 2 Enthaltungen, die Vorlage anzunehmen.

Ich gebe die Meinung der SP-Fraktion bekannt: Die SP-Fraktion unterstützt die Vorlage. Wir sind nicht sicher, ob an der Parlamentssitzung im letzten Herbst wirklich jedes Parlamentsmitglied verstanden hat, welche Konsequenzen die Streichung des besagten Absatzes haben kann. Wie dem auch ist, mit der neuen Formulierung sind in Bezug auf die Kompetenzzuteilung – das ist hier der zentrale Punkt – allfällige Unsicherheiten wirklich geklärt. Dass der Begriff "Organisationseinheit" ein offener ist, ist für uns im vorliegenden Fall sachgerecht.

Parlamentspräsident Harald Henggi hält fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Liz Fischli (Grüne): Die Fraktion der Grünen Köviz unterstützt den Antrag des Gemeinderates einstimmig, weil die vorgeschlagene Regelung auch aus unserer Sicht sinnvoll und vertretbar ist. Sie lässt innerhalb klarer Grenzen eine vernünftige Organisationsflexibilität zu.

Thomas Herren (FDP): Es mag sein, dass bei der Behandlung des Geschäfts im Oktober 2008 nicht alle wirklich begriffen haben, was genau sie mit der Streichung von Abs. 5 in Art. 3 entschieden haben. Das ist aber nicht relevant, weil es im Grundsatz darum geht, ob man dem Gemeinderat eine Kompetenz erteilen will, bei welcher die Parlamentsmitglieder nicht genau wissen, was er damit vornimmt oder ob man dies verhindern will. Von daher ist der demokratisch legitimierte Entscheid richtig gewesen, auch wenn man als Jurist vielleicht anderer Meinung sein kann. Wir haben lange darüber diskutiert, was der Begriff "Organisationseinheiten" genau bedeutet und ob er in das Bedürfnis nach Flexibilität für Umorganisationen innerhalb einer Direktion passt. Ich bin nach wie vor, zusammen mit der FDP/jfk-Fraktion, nicht der Meinung, dass der Begriff "Organisationseinheiten" glücklich gewählt worden ist, wir sind aber bereit, die Diskussion in diesem Sinn zu beenden, als wir den vorliegenden Vorschlag akzeptieren; dies aber ohne Begeisterung. Wir wollen zuhänden des Protokolls – im Sinn einer authentischen Interpretation und Auslegung des hier Legifirierten – festhalten, dass die Unschärfe des Begriffs "Organisationseinheiten" nicht extensiv ausgenützt werden darf, sondern dass dieser für Ausnahmefälle vorgesehen ist und dass die Kompetenz kein Freipass dafür sein darf, irgendwelche Gebilde als Organisationseinheiten zu bezeichnen und in einer grossen Anzahl direkt zu unterstellen. Wir sind bereit, unseren Beitrag dazu zu leisten, damit die Änderung des Verwaltungsorganisationsreglements verabschiedet werden kann.

Gemeindepräsident Luc Mentha (SP): Kommissionspräsidentin Anna Mäder hat das Wichtigste gesagt. Ich bin froh, dass die FDP/jfk-Fraktion – wenn auch ohne grosse Begeisterung – der Änderung des Verwaltungsorganisationsreglement zustimmt. Der Fehlentscheid, der in meinen Augen durch das Parlament anlässlich der Sitzung im Oktober 2008 gefällt worden ist, ist zu korrigieren. Ich bestätige nochmals, dass es auch für den Gemeinderat um einige wenige Fälle geht, wo er diese Flexibilität benötigt. Aus diesem Grund habe ich keine Mühe mit der authentischen Interpretation und Auslegung der FDP/jfk-Fraktion. In der Aufteilung zwischen den Direktionen ist das Reglement zu wahren. Aber innerhalb des Paketes von Aufgaben, die jede Direktion zugewiesen erhält, geben Sie dem Gemeinderat die Flexibilität, innerhalb der Organisation jene Organisationseinheit zuzuteilen, die angemessen und richtig ist. Das ist vernünftige Aufgabenteilung zwischen Legislative und Exekutive und ich bitte Sie, die Korrektur und Verbesserung des entsprechenden Reglements vorzunehmen.

Beschluss

1. Das Parlament beschliesst einen neuen Artikel 3 Absatz 5 des Verwaltungsorganisationsreglements vom 19. Dezember 2005 mit folgendem Wortlaut:
„Der Gemeinderat kann unter Beachtung der Artikel 4–8 dieses Reglements den Direktionen einzelne Organisationseinheiten direkt unterstellen.“
 2. Der Gemeinderat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens.
(abgegebene Stimmen: Mehrheit offensichtlich)
-

7. Änderung von Datenschutzreglement und Weisung

Beschluss und Wahl Aufsichtsstelle; Direktion Präsidiales und Finanzen

GPK-Referent Stefan Lehmann (SVP): Die Ausgangslage, die Änderung des kantonalen Datenschutzgesetzes, ergibt Änderungsbedarf auf Gemeindeebene. Das neue Gesetz verlangt eine von der Verwaltung vollständig unabhängige Stelle für den Datenschutz. Bis anhin war der Rechtsdienst dafür verantwortlich. Teil der Unabhängigkeit ist eine eigene, ausreichende Ausgabenbefugnis. Für Gemeinden mit über 10'000 Einwohnenden sieht das Gesetz Ausgabekompetenzen von 10'000 Franken vor. Genehmigt das Parlament die vorgesehenen Änderungen, sind 10'000 Franken automatisch im Budget enthalten und können nicht gekürzt werden. Sonstige Änderungen: Die Sperrung von Listenauskünften muss in Zukunft schriftlich bestätigt werden und ist in jedem Fall gebührenfrei. Zur Wahl als verwaltungsexterne Aufsichtsstelle schlägt Ihnen der Gemeinderat Herrn Kurt Stöckli, Fürsprecher und Rechtsanwalt, vor. Herr Stöckli hat sich in der GPK vorgestellt und er ist in derselben Funktion für die Stadt Thun tätig. Alternativen sind geprüft worden; so ist z. B. eine Revisionsgesellschaft für die Übernahme dieser Funktion angefragt worden. Sie hat aber abgelehnt. In der Gemeinde Köniz ist kein Anwalt mit Spezialgebiet Datenschutzrecht tätig. Die Hauptaufgaben des Beauftragten sind gegen innen: Anfragen aus der Verwaltung auf Datenschutzkonformität, und gegen aussen: Ombudsstelle für Einwohnerinnen und Einwohner der Gemeinde Köniz.

Die GPK empfiehlt dem Parlament einstimmig, den Anträgen des Gemeinderates zuzustimmen.

Gemeindepräsident Luc Mentha (SP): Eine Ergänzung zum korrekten Bericht von Stefan Lehmann: Unsere Abklärungen nach Spezialisten in der Gemeinde Köniz im Datenschutzrecht haben sich auf Anwälte bezogen, die in der Gemeinde Köniz tätig sind und nicht auf in der Gemeinde Köniz wohnhafte.

Fraktionssprecher Mario Fedeli (SP): Die Anpassungen im Datenschutzreglement der Gemeinde Köniz werden durch übergeordnetes Recht bedingt, der Spielraum für die Gemeinde ist entsprechend klein. Eine verwaltungsexterne Stelle als Aufsichtsstelle ist konsequent und richtig. Ebenso einleuchtend ist die Begründung, weshalb Herr Stöckli die Aufgabe wahrnehmen soll.

Die SP-Fraktion wird dem Antrag des Gemeinderates zustimmen.

Das Reglement hat Bestimmungen, die anpassungswürdig scheinen und Fragen aufwerfen. Dies vor dem Hintergrund der enormen Wichtigkeit des Datenschutzes. Es geht im Datenschutz nicht um den Schutz von Daten, sondern wie Art. 1 des Bundesgesetzes besagt: "um den Schutz der Persönlichkeit und der Grundrechte von Personen, über die Daten bearbeitet werden". Es geht also um nicht mehr und weniger als um Grund- und Persönlichkeitsrechte. Wir alle hinterlassen täglich Daten, wenn wir im Internet surfen, mit dem Handy telefonieren oder mit der Kreditkarte bezahlen. Von Firmen werden Raster über Personen erstellt, damit festgestellt werden kann, wer wie handelt. Man weiss demnach wer wie schnell seine Rechnungen begleicht und bald einmal wird man wissen, wer wen weshalb heiratet und – für die Erstellung eines Gemeindebudgets einfacher – wer wann einen Lottosechser erzielt. Die Gemeindekompetenz im Datenschutzbereich ist relativ gering, die vorhandenen Möglichkeiten sollten aber ausgeschöpft werden. Ich weise auf drei Punkte im Reglement hin. Der erste Punkt, die Sperrung: In einem gewissen Rahmen besteht die Möglichkeit, die Daten sperren zu lassen. Davon können jedoch nur jene Gebrauch machen, die dies auch wissen. Hier sind sinnvolle Möglichkeiten vorhanden, dies bekanntzumachen, indem periodisch im Amtsanzeiger über die Sperrungsmöglichkeiten informiert wird, indem Neuzuzüger mittels eines Infoblattes über die Möglichkeit informiert werden oder dass im Internet – wie beispielsweise bei der Stadt Bern – ein bereits vorformuliertes Gesuch auf Sperrung heruntergeladen werden kann. Ich möchte gerne wissen, wie viel Prozent der Könizerinnen und Könizer eine solche Sperrung beantragt haben

und wie die Gemeinde Köniz über Sperrungsmöglichkeiten informiert. Ein zweiter Punkt betrifft Art. 7 des Gemeindereglements: "Die Gemeinde gibt Listen aus anderen Datensammlungen bekannt." Weil die Sache so wichtig ist, bin ich der Meinung, dass hier abschliessend zu regeln ist, welche Datensammlungen gemeint sind, und wenn dies ändert, müssen Anpassungen vorgenommen werden. Die Wichtigkeit des Datenschutzes scheint mir dies aber zu rechtfertigen. Ein dritter Punkt: Art. 12 gibt jeder Person die Möglichkeit, Einsicht in Daten zu nehmen. Einsicht in Daten ist das eine, Einsicht in die Herkunft von Daten ist aber das andere und das ist auch wichtig. Das kantonale Gesetz sieht dies nicht explizit vor, aber das in dieser Beziehung jüngere Bundesgesetz, also muss es vorgenommen werden. Es wäre sinnvoll, wenn die Gemeinde dies im Reglementstext formulieren würde. Klar ist, dass die Quelle nicht herausgegeben werden kann, wenn überwiegende Drittinteressen vorhanden sind.

Fraktionssprecher Peter Antenen (FDP): Für die FDP/jfk-Fraktion ist die Vorlage verständlich und nachvollziehbar. Die FDP/jfk-Fraktion nimmt erfreut zur Kenntnis, dass der Gemeinderat dem Datenschutz die notwendige Beachtung in der Gemeinde schenken will und das übergeordnete Recht möglichst rasch umsetzen will. Uns freut besonders, dass Datenauskünfte kostenlos zur Verfügung gestellt werden, d. h. dass die Gemeinde Köniz bestrebt ist, eine möglichst schlanke, kundengerechte Verwaltung anzubieten. Die FDP/-jfk-Fraktion unterstützt die vorgesehene Lösung und nimmt zur Kenntnis, dass es offenbar auf dem Markt sehr schwierig ist, Anwälte zu finden, die diese Dienstleistungen anbieten. Wir finden die vorgesehene Lösung gut, da auch andere Gemeinden im Kanton Bern eine solche vorsehen. Ob die vorgesehenen 10'000 Franken jährlich dafür genügen, wird die Zukunft zeigen. Für den Moment ist dies ein guter Ansatz.

Die FDP/jfk-Fraktion stimmt dem Antrag des Gemeinderates zu.

Fraktionssprecher Markus Bont (EVP): Datenschutz beginnt im Kopf. Viele sind sensibilisiert, wenn es um den Schutz der eigenen Daten geht. Wir wissen nicht genau, was alles über uns gesammelt und gespeichert wird. Deshalb ist das Update des Datenschutzreglements wichtig. Die Ausgangslage ist klar. Infolge der neuen kantonalen Bestimmungen muss die Gemeinde ihr Reglement anpassen. Wir begrüßen, dass eine unabhängige und externe Stelle diese Aufgabe übernehmen wird. Wir denken, dass Herr Stöckli als Datenschutzexperte der richtige Mann ist. Die EVP/CVP-Fraktion unterstützt den Antrag des Gemeinderates für die Änderung des Datenschutzreglements.

Fraktionssprecherin Ursula Wyss (Grüne): Wir wissen alle, dass immer mehr Daten über uns gespeichert werden und das nicht nur in der Gemeindeverwaltung. Der Umgang mit diesen Daten muss sorgfältig, klar und streng geregelt werden, darüber sind wir uns einig. Datenschutz wird immer wichtiger. Die vorliegenden Änderungen im Datenschutzreglement müssen vorgenommen werden, weil das kantonale Reglement geändert hat. Unabhängig davon finde ich den vorliegenden Vorschlag besser als das alte Reglement. Dies vor allem aus folgenden Gründen. Die Aufsichtsstelle muss neu ausserhalb der Verwaltung sein. Das ist in meinen Augen selbstverständlich. Die Aufsichtsstelle kontrolliert die Verwaltung. Sie darf demnach, um unabhängig arbeiten zu können, nicht der Verwaltung angehören. Das ist in Art. 10 des Datenschutzreglements geregelt. Dort wird aber, scheinbar aus Kostengründen, wie in einer Klammerbemerkung festgehalten, darauf verzichtet, dass die Aufsichtsstelle regelmässig über ihre Arbeit Bericht erstatten muss. Das ist schade. Ich rege an, dass wenigstens von nun an jeweils jährlich im Verwaltungsbericht die wichtigsten Anfragen durch die Aufsichtsstelle aufgeführt werden. Eine Ausgabenkompetenz von 10'000 Franken schien mir auf den ersten Blick etwas gar wenig, aber gemäss Abklärungen ist diese Summe genügend. In meinen Augen ist es auch besser, dass eine schriftliche Bestätigung über die gewünschte Sperrung erfolgt. Damit ist sichergestellt, dass die Daten auch wirklich gesperrt sind. Dass bei Anfragen keine Gebühren mehr erhoben werden dürfen, ist auch richtig. Auskunft über die eigenen gespeicherten Daten zu erhalten, ist für mich ein Grundrecht. Aufgrund seiner Erfahrungen ist Herr Stöckli sicher die geeignete Person als Aufsichtsstelle.

Wir Grünen stimmen den Anträgen des Gemeinderates zu.

Gemeindepräsident Luc Mentha (SP): Ich danke für die gute Aufnahme des Geschäfts. Auch wir nehmen den Datenschutz ernst. Die Gemeindeverwaltung publiziert bereits jetzt von Zeit zu Zeit unter den amtlichen Mitteilungen im Anzeiger, dass eine Sperrung von Daten verlangt werden kann. Wir können im Gespräch, vielleicht unter Beizug des Datenschutzexperten Kurt Stöckli, die eine oder andere Anregung von Mario Fedeli besprechen und in einer weiteren Vorlage im Datenschutzreglement Verbesserungen vornehmen. Mit den Änderungen im Daten-

schutzreglement wollen wir den gesetzlichen Vorgaben des Kantons nachkommen. Kurt Stöckli ist in unseren Augen der richtige Mann für die Aufsichtsstelle. Er ist weder durch Wohnsitznahme noch durch sein Büro irgendwie mit der Gemeinde Köniz verbunden.

Beschluss

1. Die Änderung des Datenschutzreglements wird gemäss dem vorgelegten Entwurf beschlossen.
 2. Die Änderung tritt am 1. Juli 2009 in Kraft.
(abgegebene Stimmen: Mehrheit offensichtlich)
-

Beschluss:

Als Aufsichtsstelle für Datenschutz wird Fürsprecher Kurt Stöckli, Bern, bestimmt.
(abgegebene Stimmen: Mehrheit offensichtlich)

8. Tramprojekte: Vorprojekt

Kredit; Direktion Planung und Verkehr

Das Traktandum wird auf die Sitzung vom 29. Juni 2009 verschoben

9. Reklamereglement: Einsetzung einer parlamentarischen Kommission

Beschluss und Wahl; Direktion Planung und Verkehr

GPK-Referent Thomas Herren (FDP): Bei diesem Geschäft wird dem Parlament der Beschluss zur Einsetzung einer parlamentarischen Kommission und bei Zustimmung, die Wahl der Kommissionsmitglieder zur Vorberatung des Reklamereglementsentswurfs zuhanden des Parlaments beantragt. Es handelt sich also um die Einsetzung einer Kommission und nicht um das Reklamereglement selber. Das Reklamereglement ist als Entwurf in einer öffentlichen Mitwirkung gewesen und die Ergebnisse der Stellungnahmen halten sich gemäss den Angaben der zuständigen Direktion die Waage zwischen ablehnend und befürwortend. Ablehnend heisst, dass das Reklamereglement als überflüssig betrachtet wird. Die doch eher kontroversen Stellungnahmen zum Entwurf haben die zuständige Direktion veranlasst, eine Kommission einzusetzen, die politisch breit abgestützt sein soll und deshalb wird die Einsetzung eines 9er-Gremiums vorgeschlagen. Sie hat aber – so liess sie durchblicken – nichts gegen die Einsetzung eines kleineren, d. h. eines 7er-Gremiums, einzuwenden. In der GPK ist der Zeitplan diskutiert worden, der in der Vorlage etwas gar rudimentär dargestellt ist. Man will zuerst die Vorprüfung aus der Stellungnahme durch das AGR (Amt für Gemeinden und Raumordnung) abwarten, die bis Ende August vorliegen soll. Es besteht die Meinung, dass das Reglement noch in der laufenden Legislatur beraten wird. Der GPK scheint dieser Zeitplan aber ambitiös, insbesondere unter der Berücksichtigung der Tatsache, dass erst im September – sehr kurz vor den Herbstferien – richtig mit der Arbeit begonnen werden kann. Ausserdem wäre eine erneute Prüfung beim AGR sinnvoll, falls wesentliche Änderungen gegenüber dem Entwurf beschlossen werden. Nur wenn die Änderungen unwesentlich bleiben, könnte das Reglement – unter der Voraussetzung, dass bereits die erste Vorprüfung des AGR positiv ausfällt – der weiteren Beschlussfassung unterbreitet werden.

All diese Informationen und Diskussionen haben die GPK zur Ansicht kommen lassen, dass eine Reklamekommission – wenn sie denn eingesetzt wird – ihre Arbeit gründlich und umfassend ausüben können soll. Dies trotz oder gerade wegen des relativ engen Zeitplans und auch trotz der Tatsache, dass mit den heute geltenden Planungszonen über das ganze Gemeindegebiet faktisch ein Bewilligungsstopp für Reklame besteht. Die GPK beantragt, dass der Auftrag der Kommission ausdrücklich "mit der Überprüfung der Notwendigkeit des Reglements" ergänzt wird. Damit wird signalisiert, dass die Kommission als vorberatendes Gremium einen umfassenden Auftrag zuhanden des Parlaments vornehmen soll. Diese von der GPK vorgeschlagene Ergänzung ist auch eine Referenz an die ziemlich kontroversen Vernehmlassungsergebnisse zum Entwurf. Die Ergänzung ist mit 4 : 0 Stimmen bei 3 Enthaltungen beschlossen worden. Insgesamt empfiehlt die GPK dem Parlament mit 6 : 0 Stimmen bei 1 Enthaltung, die Einsetzung einer Kommission mit wie erwähnt ergänzendem Auftrag.

Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP): Ich danke Thomas Herren für die umfassende und sachliche Berichterstattung. Der Terminplan ist, wie er richtig bemerkt hat, sehr ehrgeizig. Auch mir ist es ein Anliegen, dass das Reglement gründlich und ganzheitlich diskutiert wird. Dass die Kommission darüber beraten soll, ob es ein Reglement überhaupt braucht, scheint mir etwas eigenartig, hat doch das Parlament selber die Motion für ein Reklamereglement überwiesen

Parlamentspräsident Harald Henggi hält fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Fraktionssprecher Christian Burren (parteilos): Mit der Einsetzung einer parlamentarischen Kommission haben wir als Parlament die Möglichkeit, uns einzubringen, unsere Bedenken anzumelden und konstruktiv zu Lösungen beizutragen. In diesem Geschäft ist die SVP-Fraktion klar der Meinung, dass wir übers Ziel hinaus schießen. Deshalb stellen wir den Antrag, gar nicht erst auf das Geschäft einzutreten und von der Einsetzung einer Spezialkommission abzuwarten. Im Reklambereich ist bereits vieles durch übergeordnetes Recht geregelt. Ich stelle mir ernsthaft die Frage, ob wir in der Gemeinde Köniz einen so genannten "Plakatwald" haben. Das Vernehmlassungsergebnis ist sehr kontrovers. Ich denke, ein solches Reglement und seine Folgen macht der Gemeinde einen nicht zu unterschätzenden Aufwand für Bewilligungen, Kontrollen, usw. Notabene für etwas, das kein Problem darstellt. Es handelt sich hier unseres Erachtens um eine unnötige Überreglementierung, und dafür muss keine Spezialkommission eingesetzt werden.

Parlamentspräsident Harald Henggi: Die Diskussion über Eintreten oder Nichteintreten ist offen. Erst wenn wir Eintreten festhalten, können Voten zum Geschäft abgegeben werden.

Rolf Zwahlen (EVP): Ich bin der Meinung, dass mit dem Nichteintretensantrag keine Probleme gelöst werden. Damit wird nicht geklärt, ob das Reklamereglement notwendig ist oder nicht. Wir unterstützen die Erweiterung der Aufgaben der Spezialkommission mit der Abklärung über die Notwendigkeit des Reklamereglements. Zurzeit können keine Baugesuche für irgendwelche Werbeflächen bewilligt werden. Es herrscht absoluter Bewilligungsstopp, wir müssen rasch vorwärts machen.

Jan Remund (Grüne): Auch die Grünen Köniz stimmen dem Eintreten auf das Geschäft zu. Gerade weil es so kontrovers ist, muss umfassend darüber diskutiert werden können.

Thomas Herren (FDP): Die FDP/jfk-Fraktion unterstützt den Nichteintretensantrag mit dem Argument, dass damit ein Problem in dem Sinn gelöst wird, dass das Reklamereglement nicht notwendig ist, weil das Notwendige bereits im übergeordneten Recht geregelt ist. Die Unterstützung des Nichteintretensantrags soll Signal und Aufforderung dazu sein, dass – sollte er angenommen werden – konsequenterweise auch der Reglementsentwurf zurückgezogen wird. Wird der Nichteintretensantrag abgelehnt, unterstützt die FDP/jfk-Fraktion den Änderungsantrag der GPK und beantragt die Einsetzung einer Kommission mit 7 Mitgliedern.

Hugo Staub (SP): Die Motion, durch welche das Reglement ausgelöst worden ist, steht zuoberst auf der Liste der zu erfüllenden parlamentarischen Vorstösse, d. h. sie ist die älteste noch nicht erfüllte Motion. Im Jahr 2003 ist sie eingereicht worden und sie hat aufgrund gewisser politischer Kräfte eine ziemlich schwierige Zeit hinter sich. Offenbar formieren sich diese Kräfte, um auch das Ende zu komplizieren. Die SP-Fraktion ist der Meinung, dass der Nichteintretensantrag nicht der richtige Weg ist. Wir möchten die Kommission einsetzen. Ob das Reglement schlussendlich angenommen wird, weiss ich nicht. Aber das uns vorgelegte Reglement soll das bestmögliche sein und wenn eine Kommission einen Beitrag dazu leisten kann, hat sie wertvolle Arbeit geleistet.

Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP): Zur Entstehung der Motion, die damals von mir selber eingereicht worden ist: An der Hessesstrasse sind immer mehr Plakate aufgestellt worden. Die Hessesstrasse ist ein Schulweg, mehr als 100 Kinder queren sie pro Tag. Ich habe die Verkehrssicherheit der Schulkinder als gefährdet betrachtet. Ohne Reglement kann die Gemeinde nichts unternehmen, wenn Plakatwände auf privatem Grund gestellt werden und diese die Verkehrssicherheit behindern. Es ist ein Antrag auf Nichteintreten gestellt worden. Die Motion ist damals vom Parlament überwiesen worden und wenn ich mich richtig erinnere, hat sogar das kritische Parlamentsmitglied Valentin Lagerer die Motion unterzeichnet. Ich drehe den Spieß um und frage mich, was ich vom Parlament hören müsste, wenn der Gemeinderat auf eine vom Parlament überwiesene Motion nicht eintreten würde. Von verschiedener Seite ist erklärt worden, das Reklamereglement sei nicht notwendig, weil es bereits durch übergeordnetes Recht abge-

deckt sei. Das ist teilweise richtig. Materiell ist es geregelt, aber nicht formell, so sind z. B. der Abstand zwischen den Plakaten oder die Grösse der Plakate nicht geregelt. Wir sind stolz auf unsere Siedlungsqualität und sehen für die Planung von grösseren Gebieten jeweils die Ausschreibung von Wettbewerben vor, da wir eine hohe Qualität beibehalten wollen. Diese Siedlungsqualität ist gefährdet, wenn kein Reklamereglement vorhanden ist. Andere Städte oder Gemeinden verfügen über ein Reklamereglement, wie z. B. die Städte Bern und Biel oder die Gemeinde Worb.

Wenn der Nichteintretensantrag angenommen wird, wäre dies sehr schade für die grosse geleistete Arbeit. Zwei externe Fachleute – ein Jurist und ein Planer – sind beigezogen worden und die dafür eingesetzten Mittel wären damit in den Sand gesetzt. Ob Sie sich für ein 9er- oder ein 7er-Gremium entscheiden, darüber können Sie entscheiden, wie auch darüber, ob Sie über die Notwendigkeit diskutieren wollen.

Einige Worte zu den kritischen Stellungnahmen in der Vernehmlassung: Die kritischsten Stellungnahmen sind aus jenen Parteien erfolgt, aus welchen keine Vertretungen an der Informationsveranstaltung teilgenommen haben, an der wir umfassend über das Reglement informiert haben. Vielleicht wären die Kritiken anders ausgefallen, hätten sie sich informieren lassen.

Bernhard Bichsel (jfk): Die Vorwürfe von Gemeinderätin Katrin Sedlmayer kann ich so nicht im Raum stehen lassen. Ich betone, dass wir uns seriös über das Reglement informiert haben und lasse mir nicht vorwerfen, dass wir uns nicht sachkundig damit auseinandergesetzt haben. Wenn hier eine Kommission eingesetzt wird, sind auch die dafür eingesetzten Mittel in den Sand gesetzt. Im Unterschied zum Gemeinderat hat das Parlament die Kompetenz, Vorstösse zurückzuziehen oder abzuändern.

Christian Roth (SP): Als die Motion eingereicht worden ist, war ich noch nicht Parlamentsmitglied. Bei diesem Geschäft geht es um die Einsetzung einer Kommission, d. h. wir beraten nicht über die Umsetzung. Der Gemeinderat beantragt, damit das Geschäft vertieft beraten werden kann, die Einsetzung einer Kommission und einzig darüber haben wir heute zu diskutieren. Der Gemeinderat hat aber immer noch den Auftrag, uns einen Reglementsentwurf vorzulegen. Stimmen wir aber dem Rückweisungsantrag zu, beschneiden wir uns selber in unseren Rechten, indem wir uns die Kompetenz nehmen, das Geschäft mithilfe einer Kommission vertieft zu beraten. Das verstehe ich nicht und ich bitte Sie, den Nichteintretensantrag abzulehnen.

Christian Burren (parteilos): Es geht nicht darum, uns in unseren Rechten zu beschneiden. Nach wir vor ist die bürgerliche Seite des Parlaments der Meinung, dass das Reglement nicht notwendig ist. Dieser Meinung waren wir übrigens bereits bei der Beratung der Motion und darin liegt der Grund für den Nichteintretensantrag.

Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP): Ich würde es sehr bedauern, wenn sie auf das vorliegende Geschäft nicht eintreten würden. Die Kosten für die Kommission sind nicht sehr hoch. Die Kosten für die Erarbeitung der Vorlage in der Gemeindeverwaltung sind sehr viel höher. Anlässlich der Beratung des Verwaltungsberichts haben Sie der Verwaltung für ihre Arbeit gedankt und nun – wenn Sie dem Nichteintretensantrag zustimmen – soll genau diese Arbeit nichts mehr gelten.

Peter Antenen (FDP): Mich interessieren die bis anhin für die Erarbeitung der Vorlage ausgegebenen Mittel. Gemeinderätin Katrin Sedlmayer hat nur erwähnt, dass bereits Geld ausgegeben worden ist. Wie viel Geld würde mit einer Annahme des Nichteintretensantrages in den Sand gesetzt?

Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP): Bis jetzt sind 58'000 Franken für die Erarbeitung des Reklamereglements ausgegeben worden.

Beschluss

Auf das Geschäft wird eingetreten.

(abgegebene Stimmen: 18 gegen Eintreten, 20 für Eintreten)

Ignaz Caminada (CVP): Die Debatte der letzten Viertelstunde hat mich etwas irritiert. Wir haben darüber beraten, ob auf die Vorlage eingetreten werden soll oder nicht. Meiner Meinung nach ist jedoch bereits sehr im Detail diskutiert worden.

Die CVP/EVP-Fraktion fragt sich, ob für die Erarbeitung eines Reklamereglements zwingend eine parlamentarische Kommission eingesetzt werden muss. Einerseits geht es darum, dass wir

im Parlaments fast zu wenig Personen sind, um für doch zahlreiche Geschäfte jeweils eine neue Kommission zu bilden. Andererseits dürfen wir uns die Frage stellen, ob nicht viel wichtigere Themen vorhanden sind, für die Kommissionen einzusetzen wären. Ich denke hier an die beantragte Finanzkommission. Zuhanden von Thomas Herren halte ich Folgendes fest: Wenn ich mich richtig erinnere, haben nicht die kontroversen Stellungnahmen zur Idee der Einsetzung einer parlamentarischen Kommission geführt, sondern bereits am Informationsanlass ist über die Möglichkeit der Bildung einer Kommission gesprochen worden. In der Vernehmlassung zum Reklamereglement haben diverse Organisationen die Bildung einer Kommission gefordert, weil sie den Entwurf noch nicht als der Weisheit letzten Schluss betrachtet haben. Die somit breit abgestützte Kommission hat die Möglichkeit, die Anwendbarkeit des Reklamereglements und entsprechende Verbesserungen auszuarbeiten. Wie anlässlich der Debatte über den Nichteintretensantrag zu vernehmen war, ist der Terminplan extrem eng bemessen und zu idealistisch. Hier ist zwingend eine realistische Überarbeitung notwendig.

Die CVP/EVP-Fraktion wird der Bildung der Kommission zustimmen und den Antrag der GPK unterstützen.

Im Weiteren stellen wir den Antrag auf die Einsetzung Kommission mit 7 Mitgliedern. Mit einem Siebner-Gremium besteht die Möglichkeit, strukturiertere Diskussionen zu führen.

Als Mitglied in der Kommission schlägt Ihnen die CVP/EVP-Fraktion Rolf Zwahlen zur Wahl vor. Ich komme auf das Votum von Katrin Sedlmayer zu sprechen: Sie hat erklärt, dass die kritischen Stellungnahmen von jenen kommen, die nicht am Informationsanlass teilgenommen haben. Ich weiss von zwei Parlamentsmitgliedern, die am Informationsanlass teilgenommen haben und sich kritisch geäußert haben. Ich bitte Gemeinderätin Katrin Sedlmayer, solche Aussagen in Zukunft zu unterlassen. Mit ihrer weiteren Aussage, dass "sogar Valentin Lagger die Motion unterzeichnet hat", kann ich persönlich nichts anfangen. Ich gebe hier meine persönliche Haltung bekannt: Wenn ich einen parlamentarischen Vorstoss unterzeichne, unterstreiche ich damit, dass mich die Antwort des Gemeinderates und das Thema interessieren. Erst wenn ich die Antwort des Gemeinderates vorliegen habe, mache ich meine politische Würdigung.

Thomas Herren (FDP): Ich unterstütze den Antrag der CVP/EVP-Fraktion auf die Einsetzung einer Kommission mit 7 Mitgliedern. Als Mitglieder für die Kommission schlage ich Ihnen seitens der FDP/jfk-Fraktion Erika Kobel-Itten und Claude Gafner zur Wahl vor. Zu Ignaz Caminada: Ich habe nicht gesagt, die kontroversen Stellungnahmen hätten die Idee zur Einsetzung einer Kommission ausgelöst, sondern die kontroversen Stellungnahmen sind der Grund für den Wunsch einer breiten Abstützung durch eine Kommission.

Jan Remund (Grüne): Für uns ist eine umfassende Abklärung des Geschäfts wichtig. Aus diesem Grund sind wir froh über das Eintreten. Der Zeitplan ist in unseren Augen zu ambitiös. Der Ergänzung in Punkt 3 stimmen wir zu, sowie auch dem Antrag der CVP/EVP-Fraktion für die Einsetzung einer parlamentarischen Kommission mit 7 Mitgliedern.

Als Mitglied in der Kommission schlagen wir Grünen Liz Fischli zur Wahl vor. Sie stellt sich zur Wahl als Kommissionspräsidentin. Als Juristin, die sich in dieses Thema eingearbeitet hat, ist sie sicher die geeignete Person.

Hugo Staub (SP): Die SP-Fraktion ist der Meinung, dass die parlamentarische Kommission einen vernünftigen Beitrag dazu leisten kann, damit ein für alle befriedigendes Reglement ausgearbeitet werden kann. Das wird uns erlauben, eine politische Würdigung hier im Parlament zu führen. Die Kommissionsmitglieder soll sich nicht allzu stark von Fragen ablenken lassen, ob ein solches Reglement überhaupt notwendig ist. Wir können mit dem Antrag der GPK aber leben. Da eine Kommission mit 9 Mitgliedern eine breitere Abstützung im Parlament hätte, würden wir 9 Mitglieder bevorzugen.

Als Kommissionsmitglieder schlagen wir Ihnen Annemarie Berlinger-Staub und Mario Fedeli zur Wahl ins 7er-Gremium vor. Wenn 9 Mitglieder gewählt werden, schlagen wir zusätzlich Stephanie Staub-Muheim zur Wahl vor.

Niklaus Hofer (SVP): Die SVP-Fraktion würde eher die Einsetzung einer Kommission mit 9 Mitgliedern bevorzugen. Die breitere Abstützung im Parlament hat hier Vorrang. Wir werden dem Antrag der GPK zustimmen. Für die Einsetzung einer 9er-Kommission schlagen wir Ihnen Stephan Lehmann und Christian Burren zur Wahl vor. Für ein 7er-Gremium schlagen wir Ihnen Stephan Lehmann zur Wahl vor.

Beschluss

Der Gemeinderatsantrag wird abgeändert: statt einer 9er-Kommission steht eine 7er-Kommission zur Diskussion.

(abgegebene Stimmen: 21 für 7er-Kommission, 17 für 9er-Kommission)

Beschluss

Der GPK-Antrag zur Ergänzung der Aufgaben der Kommission mit dem Punkt "Überprüfung der Notwendigkeit des Reglements" wird angenommen.

(abgegebene Stimmen: Mehrheit offensichtlich)

Beschluss

1. Das Parlament setzt eine nichtständige Kommission "Reklamereglement" ein.
2. Die Kommission besteht aus 7 Parlamentsmitgliedern; für die Zusammensetzung ist der Verhältnisschlüssel massgebend, der sich aus den letzten Wahlen ergeben hat.
3. Die Kommission hat folgende Aufgaben:
 - Überprüfung der Notwendigkeit des Reglements
 - Überprüfung des Reklamereglements mit zugehörigen Plänen auf ihre Anwendbarkeit
 - Lösungsvorschläge/Verbesserungen bei festgestellten Mängeln/Lücken
 - Vorberatung des Geschäfts zuhanden des Parlaments
4. Der Auftrag der Kommission dauert längstens bis zum Parlamentsentscheid über das Reklamereglement. Bei Legislaturbeginn wird die Kommission neu bestellt.

(abgegebene Stimmen: Mehrheit offensichtlich)

Wahl

Der Parlamentspräsident Harald Henggi erklärt folgende Parlamentsmitglieder als Mitglieder der Kommission "Reklamereglement" als gewählt: Annemarie Berlinger-Staub (SP), Mario Fedeli (SP), Stephan Lehmann (SVP), Liz Fischli-Giesser (Grüne), Erika Kobel-Itten (FDP), Claude Gafner (jfk), Rolf Zwahlen (EVP).

Wahl

Der Parlamentspräsident Harald Henggi erklärt Liz Fischli-Giesser (Grüne) als Präsidentin der Kommission "Reklamereglement" als gewählt.

10. Änderung des Bildungsreglements

Beschluss; Direktion Bildung und Soziales

GPK-Referent Christoph Salzmann (SP): Die vorliegenden Änderungen im Bildungsreglement sind eine Anpassung an die Revision des kantonalen Volksschulgesetzes von 2008. Das geltende Bildungsreglement ist am 13. Februar 2006 durch das Parlament verabschiedet worden und vieles zu Schulaufsicht und zu den Tagesschulen des neuen Volksschulgesetzes ist im Bildungsreglement der Gemeinde Köniz bereits vorweggenommen. Die Vorlage ist zusammen mit der Zentralen Schulkommission ausgearbeitet worden. Gemäss Punkt 6 des Antrags hat eine Vernehmlassung in Schulkommissionen, Elternräten, Schulleitungen und Lehrerkonferenzen stattgefunden. Sie alle haben ebenfalls den Entwurf zum vorliegenden Antrag erhalten, die Konzepte und Anhänge gesehen und ihre Meinung kundtun können. Zum Teil sind die Anregungen und Meinungen eingebaut worden. Ein Beispiel dafür ist, dass die ursprünglich vorgesehene Kompetenz für die Wahl von Lehrpersonen durch die Schulleitungen, bei den Schulkommissionen bleibt. Als GPK-Mitglied habe ich die REVOS 08 (Teilrevision des Volksschulgesetzes) zur Organisation und Schulführung, eine Umsetzungshilfe für Gemeinden und den Leitfaden des Kantons zum Tagesschulangebot, studiert. Ich komme zum Schluss, dass sich die hier vorliegenden Änderungen des Bildungsreglements innerhalb der kantonalen Leitplanken bewegen.

Es handelt sich um drei Themenbereiche. Zuerst um die Schulorganisation, in deren Zentrum die geleiteten Schulen und die Trennung in eine strategische und in eine operative Ebene stehen. Hier hat die Gemeinde Köniz Vorarbeit geleistet und die Anpassungen im Reglement sind deshalb eher formaler Natur. Ich greife drei Punkte der Schulorganisation auf:

Die Leistungsvereinbarungen zwischen Schulkommission und Schulen werden durch Schulprogramme ersetzt. Näheres dazu finden Sie im Kommentar zu Art. 13 auf Seite 19 des Berichts.

Begrifflich wird nun klarer unterschieden zwischen den Leistungsvereinbarungen der Zentralen Schulkommission mit den Schulkommissionen und dem Schulprogramm auf Stufe Schulen.

Vier operative Kompetenzen werden gemäss Kanton im Sinn des Vieraugenprinzips weiterhin den Schulkommissionen zugeordnet. Das sind der Unterrichtsausschluss, die Verweigerung eines 10. Schuljahres innerhalb der Schulpflicht, die Erteilung eines Verweises und die Gefährdungsmeldung. Unser Reglement will in Abweichung die letzten beiden Kompetenzen den Schulleitungen zuordnen. Beim Verweis handelt es sich um eine operativ, erzieherische Massnahme, die sinnvollerweise in der Schule selber passiert und bei der Gefährdungsmeldung muss häufig rasch gehandelt werden.

Das kantonale Volksschulgesetz (VSG) lässt auch eine dezentrale Schulorganisation zu. Der Gemeinderat schlägt im Reglementsentwurf vor, bei der derzeit geltenden Form zu bleiben, die 2006 eingeführt worden ist. Sie ist damals breit diskutiert worden und berücksichtigt gemäss Gemeinderat die Vielfalt der Gemeinde besser als ein ganz zentrales Modell. Es gilt jetzt, Erfahrungen damit zu sammeln. Eine allfällige Änderung kann später im Hinblick auf die Totalrevision des kantonalen Schulgesetzes 2012 immer noch geführt werden.

Ich komme zum Integrationskonzept: Art. 17 des VSG und die "Verordnung über die besonderen Massnahmen in Kindergarten und Volksschule" vom 19.9.2007 sehen vor, dass die Gemeinden ein Integrationskonzept erstellen. Dieses soll gemäss Art. 5bis (neu) des Bildungsreglements-Entwurfs von der Zentralen Schulkommission genehmigt werden. Gemäss kantonaler Verordnung ist in einem Gemeinderat zu regeln, ob Klassen zur besonderen Förderung (bis anhin Kleinklassen) zu führen sind. Der Gemeinderat schlägt dies aufgrund des erarbeiteten Integrationskonzepts vor. Integrative Schulung hat in der Gemeinde Köniz eine lange Tradition und deshalb war der Bestand an Kleinklassen immer relativ klein. Die Integration soll gemäss neuem Konzept und kantonaler Verordnung verstärkt werden. Die besonderen Klassen sind dezentral und durchlässig zu führen, d. h. dass Kinder solche Klassen nur vorübergehend besuchen und möglichst rasch wieder in Regelklassen eingegliedert werden sollen. Das wird anders sein als der Status quo. Im Integrationskonzept hat die integrative Förderung – früher heilpädagogische Massnahme genannt – einen grossen Stellenwert. Damit die Integration in der Gemeinde koordiniert wird, ist eine Koordinationsstelle für den Spezialunterricht und die besonderen Klassen vorhanden. Die Leitung nimmt beratend an den Sitzungen der Zentralen Schulkommission teil und hat damit den Status einer Schulleitung. Das soll so bleiben und die Zentrale Schulkommission bleibt weiterhin Schulkommission für den Spezialunterricht.

Das Integrationskonzept liegt gemäss Antrag in der Kompetenz der Zentralen Schulkommission. Es setzt die Bestimmungen der erwähnten Verordnung um. Im Sinn der Transparenz ist das Integrationskonzept zur Information des Parlaments der Vorlage beigelegt. Wir werden darüber nicht im Sinn von Kenntnisnahme abstimmen müssen. Es handelt sich um ein Konzept für Fachleute und ist deshalb für Aussenstehende – zumindest für mich – schwierig zu lesen. Es regelt die Klassen für besondere Förderungen, wie Einschulungsklassen, Deutsch als Fremdsprache, den Spezialunterricht – d. h. integrative Förderung, Psychomotorik und Logopädie – und die Begabtenförderung. Letzteres ist neu und muss noch ausgebaut werden.

Ich komme zum dritten Themenbereich der Vorlage, dem Konzept der Tagesschulen. Tagesschulen sind ebenfalls neu im Volksschulgesetz geregelt, was viele Bestimmungen im alten Tagesschulreglement unnötig macht. Deshalb soll dieses aufgehoben und durch Art. 37 im Bildungsreglement ersetzt werden. Vieles ist bereits in der Vorlage ausführlich erklärt und deshalb fasse ich mich kurz. Tagesschulen haben neu einen Bildungsauftrag. Die Angebote sollen möglichst dezentral organisiert werden und nur dann zentral erfolgen, sollte ein zu geringe Nachfrage bestehen. Ebenfalls will man in der Gemeinde Köniz die so genannten Tagesangebote mit qualifiziertem Personal führen. Das kommt die Gemeinde nicht teurer zu stehen, weil diese Kosten unter den Lastenausgleich fallen. Das Angebot der Ganztageschule in Oberscherli ist ein freiwilliges Angebot der Gemeinde Köniz. Die Absichten sind dem der Vorlage beigelegten Konzept zu entnehmen. Die Schule Oberscherli ist gewählt worden, weil die Lehrerschaft hinter dem Angebot steht und das vorliegende Konzept ausgearbeitet hat.

Die finanziellen Folgen für die Tagesschulen sind im Antrag auf Seite 5 ausgewiesen. Sie fallen in jedem Fall an, weil ein Recht auf Tagesschulangebote ab dem Jahr 2010 bestehen wird. Die neuen Regelungen zur Schulaufsicht bringen keine finanziellen Mehrkosten. Für die Integration gemäss neuem Konzept bleibt der Lastenverteiler zwischen Kanton und Gemeinde gleich. Möglicherweise könnte mit dem Wegfall des Transports von Schulkindern der Kleinklassen D etwas an Kosten eingespart werden.

Die GPK empfiehlt dem Parlament einstimmig, dem Antrag des Gemeinderates zuzustimmen. Noch ein Hinweis: Im Jahr 2012 steht eine Totalrevision des kantonalen Volksschulgesetzes an. Sie wird mit Sicherheit eine weitere und gründlichere Überarbeitung unseres Bildungsregle-

ments zur Folge haben. Der derzeitige Vorsteher der DBS (Direktion Bildung und Soziales) ist bereit, die Diskussion rechtzeitig und breit zu führen.

Gemeinderat Ueli Studer (SVP): Eine Ergänzung zum Votum des GPK-Referenten: Die Ganztageschule Oberscherli wird nicht als Pilotversuch geführt, sondern sie ist im revidierten Bildungsreglement enthalten. Oberscherli ist eine normale Schule, an welcher auch ein Tagesangebot eingeführt werden kann, wenn der gesetzliche Anspruch erfüllt ist.

Parlamentspräsident Harald Henggi hält fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Fraktionssprecher Martin Graber (SP): Wir befinden heute über Änderungen im Bildungsreglement. Über die reichhaltigen Beilagen können wir zwar nicht befinden, trotzdem dürfen wir etwas dazu sagen. Ich werde mich zum Integrationskonzept äussern, zu den Tagesschulen, zum weiteren Vorgehen und zu den Anträgen.

Die Integration: Der Bericht ist mager begründet, dahinter steckt ein schlecht lesbares Konzept. Im Bildungsreglement ist nur Art. 5bis (neu) dazu vorhanden: "Es werden besondere Klassen geführt." Dazu fehlt aber jegliche Begründung, es ist einfach eine Tatsache. Ich denke, dass über Integration zu diskutieren ist. Die SP-Fraktion wird in der Detailberatung einen Antrag stellen, Art. 5bis leicht zu ändern. Zum Inhalt des Integrationskonzeptes: Das Konzept ist schwer lesbar. Es handelt sich um eine Aneinanderreihung von Kapiteln und ein roter Faden ist nicht zu finden. Mich selber erstaunt, dass jegliche pädagogische Begründung fehlt, es ist nichts über das Menschenbild oder über Haltungen zu finden. Beim Lesen merkt man nicht, dass es eigentlich um Kinder geht. Das vorgeschlagene Führungsmodell ist unklar und nicht einleuchtend. Weshalb die Lehrkräfte für integrative Förderung nicht den Schulleitungen vor Ort unterstellt sind, leuchtet uns nicht ein. Wenn eine Lehrkraft z. B. zwei Teilpensen hat, eines an einer besonderen Klasse und eines an einer Klasse mit integrativer Förderung, kann der Fall vorkommen, dass diese Lehrkraft zwei verschiedenen Schulleitungen unterstellt ist. Das muss bei der Gesamtrevision im Jahr 2012 unbedingt vertieft betrachtet werden.

Tagesschulen sind ein Quantensprung für unsere Schulen. Sie bedeuten in unseren Augen eine so genannte Win-Win-Win-Situation. Die Schulkinder erhalten eine bessere gesamtheitliche Bildung und grössere Chancengleichheit. Die Eltern werden von Aufgaben entlastet. Sie erhalten die Möglichkeit, mehr zu arbeiten. Die Schule gewinnt mit dem gesamtheitlichen Auftrag als Ganzes. Wir befürworten das Modell mit dem höheren pädagogischen Ansatz und finden es gut und richtig, dass die Gemeinde Köniz bereits mit der Umsetzung beginnt und nicht bis zum nächsten Jahr wartet, wenn der Rechtsanspruch auf Tagesschulen geltend gemacht werden kann. Den Ganztageschulen gehört in meinen Augen die Zukunft. Die nordischen Länder machen es uns vor und die Pisa-Studie ist der Spiegel, der uns immer wieder vor Augen geführt wird. Mir scheint es richtig, in Oberscherli eine Ganztageschule anzubieten. Wenn aber eine Ganztageschule für die ganze Gemeinde nur in Oberscherli angeboten wird, können Probleme entstehen. Die Durchmischung wird Schwierigkeiten bieten und der Pendlerverkehr könnte ein weiteres Problem sein. Ebenfalls wichtige Schritte wären für mich – das ist aber leider auf kantonaler Ebene angesiedelt – eine verlässliche Schule, keine Unterrichtsausfälle und Unterricht während 39 Wochen ohne Kollegiumstage. Ich denke, auch das muss angegangen werden. Die Eltern müssen sicher sein können, dass der Unterricht stattfindet.

Zum weiteren Vorgehen: Uns ist wichtig, dass das Parlament mit der Einsetzung einer Spezialkommission in die Totalrevision des Bildungsreglements nach der Verabschiedung des kantonalen Schulgesetzes einbezogen wird. Folgende Punkte sind dort vertieft zu betrachten: Die Klassen für besondere Förderung, das Führungsmodell, die Anzahl Schulkommissionen und die Koordination der verschiedenen Schulleitungen.

Die SP-Fraktion wird den Anträgen des Gemeinderates zustimmen. Ich persönlich bin froh, dass an den Schulen nun eine bessere Luft herrschen wird und das Rauchen endlich verboten worden ist.

Fraktionssprecher Rolf Zwahlen (EVP): Wie Christoph Salzmann detailliert beschrieben hat, sind die Änderungen im Bildungsreglement hauptsächlich infolge der Erfüllung des kantonalen Volksschulgesetzes vorgenommen worden. Die Reglementierung der Tagesschulen macht den grössten Teil der Änderungen aus. Einen weiteren Schwerpunkt bildet die Integration von Schulkindern mit auffälligem Verhalten oder mit Lernschwächen und hier ist die CVP/EVP-Fraktion der Meinung, dass mit der Änderung des Bildungsreglement ein guter Weg eingeschlagen wird. Beide Themenkreise sind aus unserer Sicht korrekt und zu unserer weitgehenden Zufriedenheit umgesetzt. Nicht auf den ersten Blick ist in der Vorlage erkennbar, dass die Gemeinde Köniz für die pädagogische Ausprägung der Tagesschulen einen Anteil von über 50

Prozent an entsprechend ausgebildetem Personal anstrebt. Das unterstützen wir ebenfalls. Einen Wermutstropfen sehen wir in der Aufhebung der Mittagstische. Sicher ist die Versorgung der Schulkinder mit der Einführung der Tagesschulen weiterhin gewährleistet. Die Kosten für die Eltern werden aber steigen, weil mit der Mittagsbetreuung in den Tagesschulen auch Betreuungsstunden bezahlt werden müssen. Weiterhin werden sich Gemeinderat und Parlament ganz sicher mit der Problematik der Ferienbetreuung auseinandersetzen müssen. Hier werden vermehrt Schwierigkeiten auftreten, die mit der Betreuungsform Tagespflege oder in den Kitas eigentlich als gelöst galten. Bei der Integration bejahen wir die eingeschlagene Stossrichtung, wo je nach individueller Situation unterrichtet werden können soll. Auf den Raumbedarf, den die besondere Förderung notwendig macht, werde ich in der Detailberatung zurückkommen. Unbedingt bemerkenswert und unterstützungswürdig ist aus unserer Sicht die Ganztageschule in Oberscherli. Wir sind gespannt, wie sich diese anlässt.

Die EVP/CVP-Fraktion stimmt dem Antrag des Gemeinderates in allen Punkten zu.

Fraktionssprecher Hans Moser (SVP): Nach intensiven Diskussionen und dem Einbezug eines Schulkommmissionsmitgliedes hat die SVP-Fraktion einstimmig folgenden Beschluss gefasst: Wir stimmen in allen Punkten dem Antrag des Gemeinderates zu. Diese Zustimmung soll aber nicht heissen, dass die traditionelle Kindererziehung und –betreuung infrage gestellt werden soll. In unseren Augen ist die nach wie vor beste Lösung, dass Kinder möglichst viel Zeit mit der Familie verbringen können. Politisch wie finanziell sollen aber so genannte "Profimütter wie auch –väter" ebenso Anerkennung erhalten. Den heutigen Familienstrukturen und Erwerbsformen wollen wir aber nicht im Weg stehen und deshalb sind die neuen Strukturen notwendig. Positiv an der Vorlage ist, dass die Schulaufsicht, die Kompetenzen, das Integrationskonzept und die Tagesschulen geregelt werden. Gemäss den Vorgaben des kantonalen Volksschulgesetzes werden diese Kompetenzen in der Gemeinde geregelt. Das Funktionsdiagramm gibt eine klare Übersicht darüber. Richtig ist auch, dass die Schulkommmissionen noch nicht "umgebaut" werden. Ein wichtiger Punkt ist die Umsetzung des Integrationskonzepts. Es ist notwendig, dass lernschwächere Kinder die nötige Zeit und Unterstützung erhalten, damit sie sich möglichst rasch wieder im normalen Schulbetrieb integrieren können. Erreicht wird das durch gut ausgebildetes Lehrpersonal und kleinere Klassen. Rechtsanspruch für Tagesschulen besteht, wenn mehr als 10 Eltern von Schulkindern eine solche verlangen. In Oberscherli wird dies in verschiedenen Modulen angeboten. Oberscherli ist durch den öffentlichen Verkehr gut erschlossen. Schulkinder lernen selbstständiges Handeln, wenn sie den öffentlichen Verkehr benutzen. Das kleine Lehrerteam in Oberscherli steht voll und ganz hinter dem Konzept und somit wächst eine ruhige Unterrichts- und Betreuungsstruktur heran. Eine Turnhalle ist ebenfalls vorhanden.

Zum Postulat 0508 "Rauchfreies Köniz": Rauchfreie Schulareale sind in meinen Augen sehr gut. Bleibt zu hoffen, dass die heranwachsenden Kinder auch rauchfrei bleiben.

Fraktionssprecherin Evelyn Bühler (FDP): Die FDP/jfk-Fraktion wird allen Anträgen des Gemeinderates zum Bildungsreglement einstimmig zustimmen. Wir begrüssen, dass die Schulkommmissionen immer mehr aus dem operativen Geschäft zurückgezogen und im vorliegenden Reglement weitere Kompetenzen an die Schulleitungen delegiert werden. Schade ist jedoch, dass immer noch Ausnahmen bestehen. Konsequenterweise müssen auch der Schulausschluss und die Verweigerung eines 10. Schuljahres innerhalb der Schulpflicht zu den Kompetenzen einer Schulleitung gehören, wenn man eine klare Trennung zwischen strategischer und operativer Führung will. Dasselbe gilt auch für die Anstellung der Lehrkräfte. Die Schulkommision soll nicht gute Lehrkräfte wählen, sondern eine gute Schulleitung, die gute Lehrkräfte anstellt, welche pädagogische Fähigkeiten mitbringen, gut in die Schule und ins Team passen und die jeweilige Schulkultur weiterpflegen. Man darf nicht vergessen, dass die Schulkommisionen eine Aufsichtspflicht haben. Wenn sie dauernd ins operative Geschäft eingreifen, können sie diese Aufsicht kaum richtig ausüben. Es ist wirklich zu hoffen, dass mit der geplanten Revision des kantonalen Volksschulgesetzes im Jahr 2012 endlich eine klare Trennung zwischen operativer Führung einerseits und strategischer Führung und Aufsicht andererseits vorgenommen wird.

Folgendes zum Integrationskonzept: Der Integrationsartikel im Volksschulgesetz ist bereits im Jahr 2001 durch den Grossen Rat verabschiedet worden. Die Verordnung dazu ist aber erst am 1. Januar 2008 in Kraft getreten. Ich selber habe einige Jahre in einer Arbeitsgruppe der Erziehungsdirektion zur Ausarbeitung der Verordnung mitgewirkt und weiss, wie komplex die Materie ist und auch, weshalb es so lange dauerte. Hier gehen die Meinungen auch unter den Experten – dazu gehöre ich nicht – sehr weit auseinander. Das vorliegende Konzept, das die Gemeinde Köniz aufgrund der Verordnung ausgearbeitet hat, ist unserer Meinung nach gut durchdacht

und ausgewogen. Die Gemeinde Köniz baut auf Bewährtem auf. Sie ist nach wie vor bestrebt, individuelle Förderung in der Regelklasse anzubieten. Sie wird aber weiterhin besondere Klassen für die Fälle führen, wo die Betreuung in einer kleinen speziellen Klasse zweckmässiger und sinnvoller ist. Gut finden wir auch, dass die Klassen künftig dezentraler und durchlässiger organisiert werden. Ich verzichte darauf, auf weitere Punkte des Konzeptes einzugehen und halte fest, dass die FDP/jfk-Fraktion hinter dem Antrag des Gemeinderates steht.

Die Tagesschulen entsprechen einem echten Bedürfnis der Gesellschaft und sind vom Kanton nun vorgeschrieben. An der Organisation wie sie im Bildungsreglement vorgesehen ist, haben wir nichts auszusetzen. Ebenfalls haben wir nichts gegen die Einführung einer Ganztageschule in Oberscherli anzubringen. Das entsprechende Konzept ist sorgfältig ausgearbeitet worden, unter Einbezug aller an der Schule Beteiligten.

Fraktionssprecherin Liz Fischli-Giesser (Grüne): Die Grünen Köniz erklären sich teilweise zufrieden mit der Vorlage. Wir werden aber den Anträgen des Gemeinderates zustimmen. Weshalb nur teilweise? Wir stimmen den vorgeschlagenen Änderungen im Bildungsreglement zu, weil die Richtung aus unserer Sicht stimmt und weil wir die Arbeit von allen Beteiligten für und in den Schulen schätzen. Wir bedauern aber, dass wir nicht früher in die Vernehmlassung einbezogen worden sind, insbesondere zur Thematik Integration. Soweit uns bekannt ist, sind Parteien und Verbände nicht angeschrieben oder speziell informiert worden. Für uns als Fraktion war die Beratungszeit kurz. Gerade die Umsetzung des Integrationsartikels ist sehr komplex. Das Konzept im Anhang allein hilft nicht immer weiter, weil es sehr viel Wissen voraussetzt. Ich wünsche mir in Zukunft, dass z. B. durchaus einmal eine Parlamentsinformation mit der Möglichkeit von Rückfragen und Inputs organisiert wird, wenn es um so grundlegende Entwicklungen und Fragen geht. Das ist zu anderen schwierigen Themen bereits geschehen, wie z. B. zum IAFP oder dem Planungsbeschluss. Wer weiss schon genau, was die Aufhebung der bestehenden Kleinklassen zugunsten von besonderen Klassen praktisch wirklich bedeutet? Wer weiss, wie die Wechselwirkung der verschiedenen Schulmodelle in der Gemeinde Köniz in Bezug zur Integration steht? Wer weiss wie die kantonal vorgeschriebene Durchlässigkeit der besonderen Klassen in der Schulpraxis wirklich funktionieren wird? Vorgeschlagen sind nun die Führung von besonderen Klassen und die Beibehaltung der Einschulungsklassen. Die besonderen Klassen dürfen langfristig aber nicht zu Stolpersteinen für noch stärkere Integrationsbemühungen in den Regelklassen werden. Deshalb verlangen wir, dass sie regelmässig evaluiert werden, auch in Bezug auf die Praxis der Durchlässigkeit. Es fällt auf, dass das System der Kleinklassen im Ergebnis eher umgebaut wird von 15 auf neu 12 teilweise besondere Klassen, teilweise Einschulungsklassen. Einschulungsklassen binden aber Lektionen in grosser Anzahl, die dann wieder für vermehrte Integrationsarbeit direkt in den Regelklassen fehlen. Sollte bei der nächsten Revision des Volksschulgesetzes der Entscheid für die Basisstufen ausfallen, werden die Einschulungsklassen vermutlich sogar überflüssig. Wie kann der Lektionenpool aber rechtzeitig gesichert werden, damit dieser nachher in der Gemeinde für die Begleitung der Regelklassen zur Verfügung steht? Insgesamt haben wir den Eindruck gewonnen, dass die Gemeinde Köniz noch etwas zögerlich und nur in kleinen Schritten in die Richtung Integration geht. Wir möchten Mut machen, hier mutiger weiterzugehen. Es gibt Schulversuche und Beispiele aus der Praxis. Vielleicht sind Gründe für das langsame Vorgehen vorhanden. Diese gehen leider aber aus dem Bericht des Gemeinderates nicht hervor. Der Abschnitt Integration ist in unseren Augen etwas dürftig ausgefallen. Die Strategie der Gemeinde sollte im Bericht deutlich ersichtlich sein. Spätestens bei der Ergänzung des Bildungsreglements im Zuge der kantonalen Volksschulgesetzrevision 2012 erwarten wir, dass dort in Bezug auf die Beurteilung, auf die Abschätzung und die Entwicklung noch weiter gegangen wird. Wir wären hier froh über frühzeitige Informationen für eine breite Vernehmlassung und die Einsetzung einer parlamentarischen Kommission. Selbstverständlich muss der Integrationsweg auch von den Schulen vor Ort getragen werden und deshalb sind die Rückmeldungen aus der Praxis wichtig. Bei jeder Schulhausanierung ist bereits jetzt schon an den zukünftigen Bedarf an Räumlichkeiten für die integrative Arbeit zu denken. In Bezug auf die Tagesschulen haben wir den Eindruck, dass Köniz hier sehr fortschrittlich ist und an einem guten Punkt steht. Wir begrüssen die vorgeschlagenen Projekte. Fragen zu den Anstellungsbedingungen für Tagesschulangestellte stellen wir mittels einer Interpellation.

Insgesamt stimmen wir den Anträgen des Gemeinderates zu, werden aber auch dem Antrag der SP-Fraktion zustimmen.

Gemeinderat Ueli Studer (SVP): Ich danke Ihnen für die gute Aufnahme des Geschäfts, aber auch für die positiven und weniger positiven Hinweise. Der GPK-Referent Christoph Salzmann hat sich sehr mit dem Geschäft auseinandergesetzt und dafür danke ich ihm. Im Jahr 2006 hat

eine Gesamtrevision des Bildungsreglements unter Einbezug einer Kommission stattgefunden. Das Ihnen vorgelegte Geschäft ist eine Änderung des damals erarbeiteten Bildungsreglements infolge Anpassung an das kantonale Volksschulgesetz. Für die vorgenommenen Anpassungen haben wir, soweit dies möglich war; alle Betroffenen wie Schulleitungen, Speziallehrkräfte, Elternräte, usw. miteinbezogen. Zum Integrationskonzept haben drei Informationsveranstaltungen stattgefunden und wir haben eine Kommission dafür eingesetzt. Art. 17 war lange umstritten, wie Evelyn Bühler vorhin erwähnt hat. Im September 2007 hat der Regierungsrat eine Verordnung erlassen. Wir sind froh, dass die Integration nun umgesetzt werden kann. Ein ganz wichtiger Teil des Bildungsreglements ist die Ganztageschule in Oberscherli. Das Projekt geht weiter als die anderen Tagesschulen, ist aber ein Bedürfnis in Bezug auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Etliche Vorstösse, die sich für dieses Bedürfnis einsetzen, sind eingereicht worden.

Ich gehe auf einzelne Voten ein. Martin Graber hat erwähnt, das Integrationskonzept sei schlecht und schwierig lesbar. Es handelt sich um ein operatives Konzept, aber wir werden es nochmals prüfen und versuchen, das Ganze einfacher und lesbarer zu gestalten. Wir haben das Konzept aber als Anhang beigefügt, weil es sonst keinen Sinn macht, über den Integrationsartikel zu diskutieren. Die Durchmischung in Oberscherli ist ein grosses Anliegen, das konnten Sie dem Konzept entnehmen. Der Schulleitung wie auch den Lehrkräften ist sehr wichtig, dass die Schulkinder für den Schulweg den öffentlichen Verkehr benützen und nicht von den Eltern nach Oberscherli gefahren werden. Die soziale Überwachung im Postauto ist gegeben. Martin Graber, bei der Totalrevision des Volksschulgesetzes im Jahr 2012 werden wir auf jeden Fall ein Spezialkommission einsetzen. Die Vergangenheit hat bewiesen, dass mit Spezialkommissionen gute und breit abgestützte Arbeit geleistet werden kann. Zu Rolf Zwahlen: Ich kann gut nachvollziehen, dass die Auflösung der Mittagstische in seinen Augen ein grosser Nachteil des neuen Bildungsreglements ist. Die Mittagstische sind auf freiwilliger Basis entstanden und nun, durch die flächendeckende Einführung und den Einbezug ins Bildungsreglement fällt diese Freiwilligenarbeit weg. Ich bedaure dies auch, weil jene Personen, die diese Freiwilligenarbeit geleistet haben, sehr engagiert waren. Die Ferienbetreuung ist ein grosses Thema. Mit der Beantwortung der überwiesenen Motion 0720 "Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Das Patchwork-Angebot zu einem Ganzen zusammenfügen!" werden wir die Möglichkeiten aufzeigen. Der Raumbedarf ist angesprochen worden. Er stellt die Gemeinde Köniz vor gewisse Probleme in Bezug auf das Mittagsangebot der Tagesschulen oder auf die Integrationsklassen. Hans Moser, die Erfahrungen mit der traditionellen Familienbetreuung – hinter welcher ich voll und ganz stehe – zeigen auf, dass auch andere Betreuungsformen notwendig sind. Nicht alle Familien haben die Möglichkeit, eine Betreuung innerhalb der eigenen Familie zu organisieren. Deshalb werden wir in dieser Richtung vorwärts machen. Evelyn Bühler hat erwähnt, dass die Trennung Schulleitung = operative und Schulkommission = strategische Leitung notwendig ist und in Köniz noch nicht überall durchgeführt ist. Diese Diskussion wird seit Langem geführt. In den Könizer Schulen ist eine in meinen Augen gute Kultur gewachsen und diese soll nicht über einen einzigen Leisten gebrochen werden. Es macht Sinn, wenn diese Trennung nach der Totalrevision des Volksschulgesetzes 2012 vorgenommen wird. Liz Fischli hat erklärt, dass die Grünen sich nur teilweise befriedigt erklären, weil die Integration zu wenig offensiv erfolge. In der Gemeinde Köniz sind wir aber in Bezug auf die Integration jeweils offensiv vorgegangen, weil Integration in Köniz bereits gelebt wird. Dank dem, dass unsere Schulen bereits integrativ unterrichten, sind der Gemeinde Köniz – im Gegensatz zu z. B. Bern und anderen Gemeinden – mehr Mittel in den so genannten Pool zugesprochen worden. Das ist in meinen Augen offensives Vorgehen. In Bezug auf die Sanierungen der Schulanlagen Folgendes: Bei allen Schulhaussanierungen wird der Raumbedarf für die neuen Schulformen jeweils berücksichtigt, wie z. B. für die Basisstufe. Die Tagesschulen stellen uns vor etliche Probleme, die wir jedoch lösen werden.

Artikel 5

Martin Graber (SP): Wie vorhin angekündigt, stellt die SP-Fraktion folgenden Antrag: Der erste Satz von Art. 5bis ist wie folgt zu ändern: "Es *können* besondere Klassen geführt werden." Das soll unterstreichen, dass die integrative Schulung die Regel bildet.

Gemeinderat Ueli Studer (SVP): Ich bin froh, dass die besonderen Klassen nicht mit einer Hauruck-Übung abgeschafft werden sollen. Die Kann-Formulierung ist ein guter Kompromiss. Mit dem Satz: "Integration ist die Regel. Es *können* besondere Klassen geführt werden" vorangestellt, wäre die Änderung in meinen Augen noch besser.

Martin Graber (SP): Gemeinderat Ueli Studer spricht mir aus dem Herzen. Mit der vorgeschlagenen Formulierung von Gemeinderat Ueli Studer erklären wir uns einverstanden. Wir stellen hiermit folgenden Änderungsantrag in Art. 5bis: "*Integration¹ ist die Regel*. Es können besondere Klassen geführt werden."

Beschluss

Der Änderungsantrag der SP-Fraktion, Art. 5bis wie folgt zu ändern: "*Integration² ist die Regel*. Es können besondere Klassen geführt werden." wird angenommen.
(abgegebene Stimmen: Mehrheit offensichtlich)

Artikel 37a

Martin Graber (SP): Ich habe dazu eine Frage: Art. 37a Abs. 6 lautet wie folgt: "Bei einer Nachfrage von 1 bis 5 Kindern werden die Module durch die Ganztageschule Oberscherli geführt." Im Kommentar dazu ist festgehalten: "Für den Transport zwischen Schule und Tagesschulangebot ist die Gemeinde zuständig." Kann dies dazu führen, dass Schulkinder aus Oberwangen ein Tagesschulangebot in Oberscherli besuchen und zwischen diesen beiden Orten durch die Gemeinde transportiert werden müssen?

Gemeinderat Ueli Studer (SVP): Es kann durchaus sein, dass Schulkinder aus Oberwangen oder Wabern die Ganztageschule in Oberscherli besuchen, sofern mindestens 50 Prozent der Module bezogen werden. Transportiert werden die Schulkinder jedoch nicht durch die Gemeinde. Der Besuch der Ganztageschule Oberscherli erfolgt mit den öffentlichen Verkehrsmitteln oder per Individualverkehr.

Bernhard Bichsel (jfk): Ich erkläre mich von der Antwort von Gemeinderat Ueli Studer nicht befriedigt. Im Kommentar ist festgehalten, dass die Gemeinde für den Transport zwischen den Schulen zuständig ist. Gemeinderat Ueli Studer hat jedoch gerade festgehalten, dass dem nicht so ist. Entweder hat Martin Graber Recht oder der Kommentar zur Art. 37a ist falsch. Ich bitte um Klärung.

Rolf Zwahlen (EVP): Ich spreche zum Integrationskonzept der Gemeinde Köniz, Seite 29, Raumbedarf für die Besondere Förderung. Hier frage ich, ob bei jenen Räumlichkeiten, die als schlecht oder ungeeignet betrachtet werden, irgendwelche Massnahmen eingeleitet oder geplant sind.

Gemeinderat Ueli Studer (SVP): Wenn Schulkinder aus anderen Schulbezirken die Ganztageschule in Oberscherli besuchen, sind wir nicht für den Transport verantwortlich. Jedoch für den Transport von Schulkindern innerhalb eines Schulbezirks. Zur Frage in Bezug auf als ungeeignet betrachtete Räumlichkeiten muss ich zuerst Rücksprache nehmen. Nach der Genehmigung des Bildungsreglement wird diese Bestandesaufnahme näher betrachtet. Ist, wie z. B. in Niederscherli, Haltenstrasse, eine Räumlichkeit ungeeignet, kann sie nicht so übernommen werden.

Beschluss

1. Die Änderung des Bildungsreglements vom 13. Februar 2006 wird gemäss vorgelegtem Entwurf und der beschlossenen Änderung in Art. 5bis beschlossen.
2. Die Änderung tritt am 1. August 2009 in Kraft.
3. Das Reglement über die Tagesschulen in der Gemeinde Köniz vom 13. Februar 2006 wird auf diesen Zeitpunkt aufgehoben.

(abgegebene Stimmen: einstimmig)

Beschluss

Das Postulat 0508 (Graber SP/JUSO) "Rauchfreies Köniz" wird als erfüllt abgeschrieben.
(abgegebene Stimmen: einstimmig)

¹ An dieser Stelle wurde bei der Protokollgenehmigung eine Änderung verlangt.

² An dieser Stelle wurde bei der Protokollgenehmigung eine Änderung verlangt.

11. Revision Geschäftsreglement des Parlaments

Beschluss; Parlamentsbüro

Das Traktandum wird auf die Sitzung vom 29. Juni 2009 verschoben.

12. 0626 Motion (SP) "Altes Schulhaus in Niederwangen"

Verlängerung der Erfüllungsfrist; Direktion Gemeindebauten

Das Traktandum wird auf die Sitzung vom 29. Juni 2009 verschoben.

13. 0632 Motion (CVP/EVP) "Erotik Betriebe"

Verlängerung der Erfüllungsfrist; Direktion Planung und Verkehr

Das Traktandum wird auf die Sitzung vom 29. Juni 2009 verschoben.

14. 0633 Postulat (jfk) "Anreize für energiesparendes Bauen (Baureglement)"

Verlängerung der Erfüllungsfrist; Direktion Planung und Verkehr

Das Traktandum wird auf die Sitzung vom 29. Juni 2009 verschoben.

15. 0838 Motion (FDP/jfk) "Professionelle Finanzpolitik - Schaffung einer Finanzkommission"

Beantwortung; Direktion Präsidiales und Finanzen

Das Traktandum wird auf die Sitzung vom 29. Juni 2009 verschoben.

16. 0903 Motion (Grüne) "Ökologische Liegenschaftssteuer"

Beantwortung; Direktion Präsidiales und Finanzen

Das Traktandum wird auf die Sitzung vom 29. Juni 2009 verschoben.

17. 0908 Interpellation (Lagger) "Verlängerung der Tramlinie 9 nach Kleinwabern"

Beantwortung; Direktion Planung und Verkehr

Das Traktandum wird auf die Sitzung vom 29. Juni 2009 verschoben.

18. 0909 Interpellation (jfk) "Zur Sauberkeit bei Könizer Sammelstellen"

Beantwortung; Direktion Planung und Verkehr

Das Traktandum wird auf die Sitzung vom 17. August 2009 verschoben (siehe Beschluss weiter hinten).

19. 0912 Interpellation (SP) "Schülerinnen- und Schülerbefragung echo"

Beantwortung; Direktion Bildung und Soziales

Das Traktandum wird auf die Sitzung vom 29. Juni 2009 verschoben.

20. 0915 Interpellation (CVP) "Alterswohnungen Hessgut - Wie geht es nach der Sanierung und dem Ausbau weiter?"

Beantwortung; Direktion Bildung und Soziales

Das Traktandum wird auf die Sitzung vom 29. Juni 2009 verschoben.

21. 0916 Anfrage (Stucki) "Verteilung der Kommissionssitze"

Beantwortung; Direktion Präsidiales und Finanzen

Das Traktandum wird auf die Sitzung vom 29. Juni 2009 verschoben.

22. Verschiedenes

Folgende Vorstösse sind eingereicht worden:

- 0924 Postulat (Salzmann, Roth) "Keine Leere nach der Lehre! Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit" (Die Dringlichkeit wurde vom Parlamentsbüro nicht gewährt.)
- 0925 Interpellation ("Für Köniz") "Zur Personalsituation in der Gemeindeverwaltung Köniz"
- 0926 Motion (SP) "Zentrum von Köniz als Begegnungsort für Jung und Alt"
- 0927 Interpellation (Bichsel/Engi) "Schiessanlage Platten: Gemeinde seit über 7 Jahren mit der Standgemeinschaft in vertragslosem Zustand"
- 0928 Interpellation (Grüne) "Anstellungsbedingungen Tagesschulangestellte"
- 0929 Motion (Remund) "Senkung des CO2-Ausstosses mittels einer Spezialfinanzierung 'Klimafonds'"
- 0930 Motion (Remund) "Äufnung der Spezialfinanzierung 'Klimafonds'"

Bernhard Bichsel (jfk): Aufgrund einer geschäftlichen Auslandsabwesenheit wird es mir nicht möglich sein, an der Folgesitzung am 29. Juni 2009 anwesend zu sein. Ich stelle deshalb den Antrag, Traktandum 18, 0909 Interpellation (jfk) "Zur Sauberkeit bei Könizer Sammelstellen", auf die Sitzung vom 17. August 2009 zu verschieben.

Beschluss

Der Verschiebung von Traktandum 18, 0909 Interpellation (jfk) "Zur Sauberkeit bei Könizer Sammelstellen", auf die Sitzung vom 17. August 2009 wird zugestimmt.
(abgegebene Stimmen: Mehrheit offensichtlich)

Christoph Salzmann (SP): Wir sind enttäuscht, dass dem Postulat 0924 (Salzmann/Roth) "Keine Leere nach der Lehre" die Dringlichkeit nicht gewährt wird. Das Parlamentsbüro legt die Richtlinien sehr rigide aus. Will sich der Gemeinderat mit der Beantwortung zwei Jahre Zeit lassen, spielt es tatsächlich keine Rolle, ob er dem Parlament im Herbst 2011 Bericht erstattet. Das Postulat greift jedoch Anliegen auf, die eigentlich bereits im August 2009 umgesetzt werden sollten. Der Vorstoss fordert den Gemeinderat auf, etwas gegen die Jugendarbeitslosigkeit zu unternehmen. Denn zurzeit finden viele Lehrabgänger keine Stelle. Gemäss neuesten Meldungen wird mit einer Jugendarbeitslosigkeit von über 7 Prozent gerechnet. Die Gemeindeverwaltung könnte ihre Lernenden nach der Lehre weiterbeschäftigen, wenn vielleicht auch nur befristet. Sie könnte Berufspraktika, eine arbeitsmarktliche Massnahme des RAV anbieten, auch für Lehrabgänger, die nicht bei der Gemeindeverwaltung gelernt haben. Der Gemeinderat könnte auf die Könizer Betriebe einwirken, dasselbe zu tun. Das alles könnte der Gemeinderat in eigener Kompetenz vornehmen. Es bleibt uns nur zu hoffen, dass der Gemeinderat aktiv wird und nicht einfach zuwartet. Unbeschäftigte Jugendliche laufen Gefahr, den Kontakt zur Arbeitswelt zu verlieren. Das Risiko steigt, dass diese Jugendlichen vermehrt sozialhilfeabhängig werden.

Peter Antenen (FDP): Mich interessiert Folgendes: Vor geraumer Zeit hat das Parlament die Überbauung Hertenbrünnen bewilligt. Vielleicht kann der Gemeinderat hier Antwort auf die Frage geben, weshalb dort nicht gebaut wird, denn so entgehen der Gemeinde Köniz Baurechtszinse.

Gemeindepräsident Luc Mentha (SP): Das Problem liegt an der fünften Landessprache der Schweiz, der Einsprache. Die rechtskräftigen Grundlagen für den Investor sind noch nicht vorhanden, weil im Rahmen unseres demokratischen Rechtsstaates jemand seine Rechte wahrnimmt. Inzwischen sind wir in dieser Angelegenheit vor dem Verwaltungsgericht. Das braucht seine Zeit. Hier ereilt uns das Schicksal vieler anderer Bauherren. Wir müssen warten bis die Mühlen der Justiz gemahlen haben.

Parlamentspräsident Harald Henggj: Wir treffen uns am 29. Juni 2009 zur Folgesitzung.

Im Namen des Parlaments

Harald Henggj
Parlamentspräsident

Markus Heinzer
Parlamentssekretär